

Aus dem Inhalt:

Panamerika
Wo ist Europa?
Die Nazipläne in Danzig
Braune Werkscharen

Im Kampfe um die Wahrheit

Die Aufgaben der demokratischen Presse und das Dritte Reich

Sich nicht fürchten und die Wahrheit sagen! Die Wahrheit wird immer siegen!

T. G. Masaryk.

Die unbequeme Wahrheit wird nirgends gerne gehört, vor allem in Diktatorländern nicht. An ihrem Verhältnis zur Wahrheit wird das innere Wesen von Regierungssystemen sichtbar. So wie Demokratie und Achtung vor der Wahrheit untrennbar miteinander verbunden sind, so ist List und Lüge das Kennzeichen undemokratischer Regierungsmethoden.

Wir haben vom ersten Tag unseres Erscheinens in der Tschechoslowakischen Republik an unsere Aufgabe darin erblickt, die Wahrheit über Deutschland zu sagen, nichts als die Wahrheit. Es hat uns nicht beirrt, daß die deutsche Diktaturregierung die Stimme der Wahrheit diskreditieren wollte durch die Behauptung, daß die Emigrantenspresse Greuelpropaganda betreibt und Propagandallgen verbreite. Wir haben weder Greuel erfunden, noch Lügen verbreitet. Wir haben alles, was in diesem Sinne Propaganda ist, dem Göbbels überlassen. Heute weiß die ganze Welt, welches Gesicht das System in Deutschland zeigt, welche Taten es zu verantworten hat, und daß die amtlichen Behauptungen und Dementis dieses Systems aus der Zeit seiner Machtergreifung, obwohl in feierlicher Form abgegeben, bewußt im Widerspruch zu den Tatsachen standen.

Wir haben mitgewirkt, der Erkenntnis der Tatsachen zum Durchbruch zu verhelfen. Es war unsere, der Wissenden Pflicht, die Wahrheit vor einer Welt zu enthüllen, die aus Entsetzen über die Nachrichten, die zu ihr drangen, ihr Gesicht vor der Wahrheit zu verbergen wünschte, in natürlich menschlicher Abwehrreaktion gegen grauenvolle Tatsachen. Aus diesen grauenvollen Tatsachen ist die stärkste Bedrohung des Rechts, der Freiheit, des Friedens hervorgewachsen. Es wäre schlimmer als Feigheit, es wäre Verrat an der Sache der Menschheit gewesen, wenn wir, die Wissenden, geschwiegen hätten. In diesem Zwang zur Wahrheit liegt unsere Existenzberechtigung.

Nicht wir tragen Schuld, daß diese Wahrheit grauenvoll ist und abstoßende Züge trägt, sondern jene, die diese grauenvollen Tatsachen gesetzt haben. Nicht wir tragen Schuld, daß jeder wahrheitsgemäße, nackte Tatsachenbericht über die rechtlichen, moralischen, sozialen Zustände in Deutschland wie eine schreiende Propaganda gegen das deutsche Regierungssystem wirkt, sondern das deutsche Regierungssystem selbst, das sich von den unter Kulturvölkern allgemein gültigen Wertauffassungen bewußt entfernt hat. Nicht wir tragen Schuld, daß jeder wahrheitsgemäße Bericht über Gesetze und Taten der deutschen Regierung wie eine Anprangerung der Bedrohung des Friedens durch sie wirkt — ihre Taten selbst sind es, die sie beschuldigen. Wir wissen es wohl, warum die deutsche Regierung uns mit immer wütenderem Hasse verfolgt und uns zu unterdrücken trachtet: Wer zum Kriege greifen will, muß vorher die Stimme der Wahrheit ersticken.

Unsere Kritik an der Politik der deutschen Regierung hat frühzeitig schon enthüllt, welche Wege sie ging.

Sie hat die Tendenz zur Versklavung und Verelendung des eigenen Volkes so gut wie den Willen zur Unterdrückung fremder Völker aufgezeigt. Unsere gesamte kritische Arbeit gegen die Politik der deutschen Regierung ist durch den Gang der Ereignisse glänzend bestätigt worden. Jedes Wort, das wir gegen sie geschrieben haben, hat sich als wahr erwiesen.

Wir haben systematische und wohl fundierte Kritik geübt, wir haben, den besten Traditionen der deutschen Sozialdemokratie folgend, zu denen tiefe Achtung vor wissenschaftlicher Wahrhaftigkeit gehört, uns bemüht, nur wohl begründete Wahrheiten zu sagen — und die ganze Wahrheit. Die Wahrheit ist uns niemals ein Objekt politischer Opportunität gewesen, nie ist uns in den Sinn gekommen, ein Geschäft mit mehr oder weniger Wahrheit je nach den Schwankungen der Konstellation zu betreiben. Wir sind nicht nur eine Stimme über Deutschland, wir sind eine Stimme aus Deutschland. Unsere Kenntnis der deutschen Zustände entspringt nicht nur eigener Kenntnis aus der Vergangenheit und Beobachtung von außen, sie beruht auf der opfervollen Arbeit von Tausenden in Deutschland, die uns unterrichten, weil sie die Wahrheit mehr lieben als ihre Existenz. Wir sind heute die wichtigste Stimme aus der deutschen Demokratie, die der demokratischen Welt außerhalb Deutschlands Erkenntnisse und Wissen über Deutschland vermittelt. Unsere Kritik an der deutschen Diktatur ist ein wertvolles Erkenntnismittel — für

jeden, der nicht Propagandaerzählungen, sondern die Wahrheit über Deutschland wissen will.

Das, was wir gegenüber dem Dritten Reich getan haben und weiter tun werden, ist die ehrenvolle Aufgabe jeder Presse, die ihre Daseinsberechtigung im Dienst an der Wahrheit erblickt. Die unbestechliche und unbeeinflusste Kritik an Regierung und Verwaltung, die kritisch-wissenschaftliche Untersuchung der verschiedensten Zweige der Regierungstätigkeit, die Nachprüfung offizieller Darstellungen an den Tatsachen selbst — das ist eine der Grundlagen staatsbürgerlicher Freiheit, ohne die kein freiheitliches oder demokratisches Regierungssystem denkbar ist. Die Achtung davor, die mit der Achtung vor der Wahrheit eins ist, ist die Grundlage jeder gesunden Pressepolitik in jedem Lande, das ernsthaft als demokratisches gelten will.

Noch ist es den Diktaturen nicht gelungen, diese gesunde Pressepolitik in der ganzen Welt zu unterdrücken. In den wahrhaft demokratischen Ländern — und das sind die großen und mächtigen Länder der Erde — existiert eine freie Presse, die alle Länder, große und kleine, diktatorische und demokratische, und die Zwischenformen, in das Licht der freiheitlichen Kritik stellt. Ein Land, das, wie das Dritte Reich, mit Verbot und Unterdrückung gegen diese freiheitliche Kritik vorgeht, enthüllt, daß es gefährliche Dinge zu verbergen hat, daß seine eigene Presse nicht frei, seine eigenen Berichte und Versicherungen nicht wahr sind. Ein

Land, das sich von jenem gesunden Grundsatz der Pressepolitik abwendet, daß die Stimme der Wahrheit frei sein muß, verkennt die demokratische Weisheit, aber auch die gewaltige moralisch-politische Macht, die in der Verbreitung wahrheitsgetreuer Tatsachen über Regierungen und Länder durch die große freie Presse wirklich freier Länder liegt.

Uns verfolgt der ingrimmige Haß des Dritten Reiches — eben weil wir nicht unsinnig hetzen, nicht lügen und übertreiben, sondern weil wir der Wahrheit dienen — im Interesse des deutschen Volkes wie aller Völker. Dieser ingrimmige Haß dringt über die Grenzen. Unter dem Druck der Militärmacht und der darin verborgenen unverhohlenen Drohungen sucht er die Wahrheit auch jenseits der deutschen Grenzen zu erdrosseln. Wir beugen uns vor keiner Drohung der deutschen Diktatur. Wir tun unsere demokratische Pflicht. Daß wir es sind, gegen die Drohungen und Unterdrückungsversuche der deutschen Regierung sich in erster Linie richten, ehrt uns. Es zeigt der ganzen Welt, was es mit den lärmenden Zweckbündnissen gegen den internationalen Kommunismus in Wahrheit auf sich hat. Es ist enthüllend für Wesen und Absichten des deutschen Systems.

Mit ihren Nücken und Tücken führen die deutschen Diktatoren den Kampf der Lüge gegen die Wahrheit. Er ist ihnen eingeboren. Wer ein Feind der Demokratie ist, muß die Hand an die Wahrheit legen!

Für Frieden und Freiheit

Die Internationalen und der spanische Freiheitskampf

Die Tagung der SAI und des IGB hat am 4. Dezember beschlossen:

Der IGB und die SAI, auf Wunsch des spanischen Gewerkschaftsbundes zu gemeinsamer Tagung versammelt, haben die Vertreter der spanischen Gewerkschaften und der Sozialistischen Partei Spaniens gehört und nehmen Kenntnis von den Bemühungen, die in den verschiedenen Ländern unternommen worden sind, um ihre früheren Beschlüsse durchzuführen, die sie hiermit bestätigen.

Sie grüßen mit Freude und Bewunderung die heldenmütigen spanischen Arbeiter und die Genossen der Internationalen Kolonne, die den Feind vor Madrid zurückgeschlagen haben. Madrid ist dadurch zu einem glorreichen Symbol des Widerstandes der Arbeiterklasse gegen den internationalen Faschismus geworden.

Sie protestieren mit tiefster Empörung gegen die Greuel, die die Faschisten verüben, die, weil sie nicht mehr hoffen können, Madrid zu erobern, es mit Brandbomben zerstören wollen und Frauen und Kinder töten.

Sie wenden sich gegen die immer stärkere und immer frechere Unterstützung, die die faschistischen Mächte unter Verletzung des Völkerrechts den aufständischen Generalen gewähren und insbesondere gegen die Anwesenheit einer immer größeren Zahl deutscher und italienischer Soldaten in Spanien.

Angesichts dieser alarmierenden Tatsachen, wiederholen die beiden Internationalen, daß keine Rede davon sein kann, die rechtmäßige Regierung der spanischen Republik mit den blutigen Banden der meinelidigen Generale auf die gleiche Stufe zu stellen und daß die Regierung vollauf berechtigt ist, alle zu ihrer

Verteidigung erforderlichen Mittel zu erhalten.

Sie sind der Ansicht, daß es im gegenwärtigen Augenblick vor allem darauf ankommt, alle Anstrengungen darauf zu richten, die Verstärkung der spanischen Aufständischen mit Waffen und Menschen durch die ausländischen Faschisten zu verhindern.

Sie fordern die dem IGB und der SAI angeschlossenen Arbeiterorganisationen auf, ihre Wachsamkeit zu verdoppeln, um mit allen geeigneten Mitteln die Belieferung der Aufständischen zu verhindern und zu diesem Zweck in allen Ländern Koordinationskomitees einzusetzen.

Sie bestehen darauf, daß die Regierungen den internationalen Skandal ein Ende machen, daß Franco weiterhin die Mehrzahl der Söldner, die er gegen das spanische Volk schlekt, in Marokko wirbt, also in einem Gebiet, das in gewissen Maße unter internationaler Kontrolle steht.

Sie betonen angesichts der Verletzung des anerkannten Völkerrechts durch die faschistischen Regierungen, daß es die Pflicht des Völkerbundesrates ist, sobald er auf Grund der Beschwerde Spaniens zusammentritt, alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel zu ergreifen, die geeignet sind, den Frieden unter den Völkern wirksam wieder herzustellen.

Sie erklären, daß die Erhaltung des Friedens, die das oberste Interesse der Arbeitermassen aller Länder ist und daher an der Spitze der Aufgaben der Regierungen steht, die von Sozialisten geleitet werden oder an denen Sozialisten teilnehmen, nicht gesichert werden kann, wenn nicht die Demokratie ge-

genüber den Erpressungen und den Drohungen des Faschismus eine entschlossene Haltung einnimmt.

Die beiden Internationalen rufen den Arbeitern und den Friedensfreunden aller Länder zu:

Es ist die Schlacht für die Freiheit, die Demokratie und den Frieden der ganzen Welt, die heute in Spanien geschlagen wird! Es ist unser aller Sache, das die heldenhaften Kämpfer von Madrid gegen den mörderischen Ansturm des internationalen Faschismus verteidigen!

Für die Freiheit gefallen

Vor kurzem meldete der Brüsseler »Peuple«, daß sein Redakteur Brachet in Madrid gefallen sei. Jetzt hat, nicht fern der Stelle, an der dieser Sozialdemokrat fiel, der frühere kommunistische Reichstagsabgeordnete Hans Beimler sein Leben gelassen. Beide kämpften in derselben Reihe, für dieselbe Sache.

Es geht in Spanien nicht, wie die braune Propaganda behauptet, um »Bolschewismus« oder nicht, sondern es geht darum, ob Spanien ein Zuchthausstaat nach deutschem Vorbild oder ein freies Land sein soll. Der Zustrom von Freiwilligen aus allen Ländern Europas in das Heer der spanischen Regierung ist ein Ausdruck der Ueberzeugung, daß in Spanien um die Freiheit Europas gekämpft wird.

Noch gibt es Zweifel darüber, ob es allen Kommunisten mit ihrem Bekenntnis zur Verteidigung der Demokratie ernst ist. Dieser eine, Hans Beimler, hat es mit seinem Blute besiegelt.

Ein Erlass gegen den »Neuen Vorwärts«

Kolportageverbot für das Land Böhmen.

Die Landesbehörde in Prag hat mit Erlass vom 6. Dezember 1936 die Kolportage des »Neuen Vorwärts« für das ganze Land Böhmen verboten.

Gegen dieses Verbot, wie gegen die Begründung des Verbots, hat der »Neue Vorwärts« Berufung beim Ministerium des Innern eingelegt.

Das Verbot der Kolportage tritt sofort in Kraft. Eine aufschiebende Wirkung der Berufung ist ebenso ausgeschlossen wie eine Berufung gegen das Verbot der aufschiebenden Wirkung.

Deutsche Soldaten für Franco

Anwerbungen für die Rebellen in Spanien in Köln und Aachen.

Uns wird aus den rheinischen Städten Köln und Aachen gemeldet, daß in der SA (Sturmabteilungen), SS (Schwarzer Stoßtrupp) und SSKK (Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps) Freiwillige für Spanien geworben werden. Bevorzugt werden Leute, die soeben aus dem Heer entlassen worden sind und solche, die bereits über 25 Jahre alt sind, aber bis jetzt keine Ausbildung beim Militär absolviert haben. Nötigenfalls sollen die Angeworbenen noch eine kurze Ausbildung beim Militär durchmachen.

Die Werbung der Freiwilligen erfolgt geheim. Öffentlich wagt man nicht zu werben. Das Volk sagt, daß diese Hilfe wohl notwendig werde, weil man sehe, daß die Sache in Spanien schief gehe und weil nicht mehr mit einem Siege Francos zu rechnen sei. Jetzt wolle die deutsche Regierung wahrscheinlich versuchen, durch Unterstützung mit Soldaten Franco zu retten, damit sie ihr Geld für die gelieferten Waffen nicht verliere. Es melden sich im übrigen die Landsknechte, die immer die Kadets der Nationalsozialisten bildeten und die bereit sind, ihr Leben immer dann in die Schanze zu schlagen, wenn es gilt, gegen die Sache der Freiheit zu kämpfen.

Durch diese Mitteilung wird aufs Deutlichste bewiesen, daß es nicht wahr ist, was das DNB meldete, daß nämlich alle diese Meldungen im Auslande falsch seien. Im übrigen hat sich das DNB im Radio bereits dahin berichtet, daß man offiziell von deutschen Freiwilligen für Spanien nichts wisse. In Frankreich und in Belgien wisse man ja auch nichts von Freiwilligen, die in ihren Ländern für die spanische Regierung angeworben würden. Geschlossene Truppenkörper seien jedenfalls aus Deutschland nicht nach Spanien abgegangen.

Diese Methode der Ableugnung ist eine Bestätigung.

32 Jahre Gefängnis im Tarnowitzer Naziprozess

7 Angeklagte zur Zwangserziehung verurteilt.

Aus Pommern-Oberschlesien wird uns berichtet: Wie die Berliner Stellen die deutsch-polnische Verständigung auffassen, beweist erneut ein Prozeß gegen 41 Angehörige nationalsozialistischer Organisationen innerhalb der deutschen Minderheit in Polen. Erst Mitte dieses Jahres standen 119 Angehörige einer geheimen Nationalsozialistischen Arbeiterbewegung vor Gericht und wurden zu 289 Jahren Gefängnis verurteilt. Der Prozeß war noch nicht abgeschlossen, als die polnischen Behörden einer neuen Geheimorganisation auf die Spur kamen, die früher unter dem Namen »Oberschlesischer Wanderbund« legalisiert war und ihre Tätigkeit in vollster Öffentlichkeit vollzog. Mit dem Einzug der »deutschen Erneuerung« innerhalb der gleichgeschalteten deutschen Minderheit, nahm man auch die Methoden der Reichsorganisationen der Jugend auf und bald bildeten sich Geheimbünde, die sich große Ziele setzten und unter anderem auch den Wiederaufbau Oberschlesiens an Deutschland propagierten. Wie schon im ersten Naziprozess erwiesen wurde, hatten die Organisationen Beziehungen zu reichsdeutschen Stellen, wurden von reichsdeutschen Quellen subventioniert und Mitglieder dieser Organisationen nahmen Kurse in der Hitlerjugend und bei Veranstaltungen des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland.

Pan-Amerika

Ein Urteil von 21 Republiken

Die mannhaften und kühnen Worte, die der Staatssekretär der USA, Cordell Hull, auf der Panamerikanischen Konferenz von Buenos Aires gegen das Dritte Reich gerichtet hat, und in denen er Deutschlands außenpolitische Methode des permanenten Vertragsbruchs, seine propagandistischen Attacken auf die Ehre fremder Regierungen und schließlich den Kurs der Kriegsvorbereitungen anprangerte, sind nicht nur vor den Ohren, sondern im Namen von 21 Republiken gesprochen.

Zu Unrecht lenkt erst diese Kundgebung die Aufmerksamkeit der europäischen Öffentlichkeit auf die Zusammenkunft in Buenos Aires, denn das Beispiel wahrhaft freundschaftlicher Zusammenarbeit, das der amerikanische Kontinent in den letzten Jahren in steigendem Maße bietet, ist wohl geeignet, das müde, konferenztäuschende, dem Kriegsverhängnis apathisch entgegenstrebende Europa aufblicken zu lassen. Wenn sich Staaten zusammenfinden, die durchaus nicht in enger Nachbarschaft leben (Buenos Aires ist weiter von New York entfernt als London), die eine starke Ausprägung des angelsächsischen und romanischen Charakters, die protestantische, dort katholische Religion trennt und die schließlich im Kulturniveau doch sehr stark differieren, dann müssen es fruchtbare Gedanken und Impulse sein, die sie zusammenführen.

Die panamerikanische Bewegung, deren Ausdruck die gegenwärtige Konferenz ist, stand und steht im Zeichen der Parole innerer und äußerer Freiheit. Ihr Begründer, Simon Bolivar, war ein großer Freiheitskämpfer, der Erklärer der Unabhängigkeit Südamerikas vom Joch der spanischen Granden und Klerikalen. Von ihm bis zu Franklin Roosevelt, dessen Person und Politik dem panamerikanischen Gedanken erst die letzte Fruchtbarkeit gegeben hat, ist natürlich ein weiter Weg gewesen. Denn auf jener ersten Panamerikanischen Konferenz Bolivars, 1826 in Panama, fehlten die Vereinigten Staaten noch ganz und als sie schließlich, mehr denn ein halbes Jahrhundert später, 1889 in Washington, sich zum erstenmal wirklich beteiligten, war die panamerikanische Einheit doch nicht viel mehr als eine äußerliche Kulisse, vertreten durch ein einflussloses Büro in dem von Carnegie gestifteten panamerikanischen Prunkpalast.

Die Lage zwischen den 21 Republiken der neuen Welt war und blieb vergiftet durch das Mißtrauen der Kleinen gegen den großen Bruder USA, der sich langsam nach Süden vorzudrängen begann, dann bald auch die mittelamerikanischen Republiken vergewaltigte und von Kuba über Panama bis zu den Philippinen weit seine Arme öffnete, offensichtlich entschlossen, Südamerika, wenn nicht ganz zu verschlingen, so doch wenigstens unter seine wirtschaftliche Vorherrschaft zu bringen.

Auch ein Teil der Jugend des Verbandes Deutscher Katholiken in Radzionkau wurde in die Geheimorganisation mit einbezogen.

Zunächst ketten die polnischen Behörden sowohl den Wanderbund, als auch die gleichgeschaltete katholische Jugend auf, aber im Verlauf der Untersuchungen ergab sich, daß die Geheimbünde nicht auf die frühere Bergstadt Tarnowitz beschränkt war, sondern weitverzweigt auf ganz Pommern-Oberschlesien. Es folgten Massenverhaftungen, so daß schließlich nach monatelanger Untersuchung 41 Angeklagte verblieben. Reichsdeutsche Stellen haben Mitglieder zu werben geholfen, indem den jungen Leuten Arbeit in Deutschland versprochen wurde. Unter den Angeklagten befanden sich diesmal auch Mädchen, die in die Geheimbünde einbezogen wurden. In den Wäldern von Koschentin und Tarnowitz wurde dem Führer Hitler ein Denkmal errichtet, ihm Treue bis in den Tod geschworen und, wie während der Verhandlungen erwiesen wurde, Propaganda für den Wiederaufbau Oberschlesiens an Deutschland propagiert.

Zugegeben, daß es sich bei den Angeklagten um junge Menschen handelte, die Abenteuerlust mitgetrieben haben mag, so ist nicht zu leugnen, daß alle gleichgeschalteten Naziorganisationen der deutschen Minderheit, trotz aller Zersplitterungen, einheitlich von

Aus dem Munde Theodore Roosevelts, des Onkels aber nicht geistigen Verwandten des heutigen Präsidenten, fiel schließlich das drohende Wort: »Die Grenzen der Vereinigten Staaten enden tatsächlich am Cap Horn«, d. h. an der Südspitze Südamerikas.

Es ist das Verdienst des jetzigen Präsidenten Franklin Roosevelts, daß er das große Hindernis panamerikanischer Solidarität und Einheit aus dem Wege räumte, indem er einer mehr als dreißigjährigen Expansionspolitik der USA nicht nur ein Ende bereitete, sondern die während dieser Zeit eroberten Positionen eine nach der andern freigab: er liquidierte die Intervention in Nicaragua, verzichtete auf die vertraglichen Vorrechte in Kuba, zog die Truppen aus Haiti zurück und tat schließlich entscheidende Schritte zur Wiederherstellung der Souveränität der Philippinen.

Zweifelloso geschah das nicht allein, um einer idealen Forderung des Völkerrechts genüge zu tun. Roosevelts Entschluß, den alten Weg imperialistischer Expansion zu verlassen, entsprang durchaus nüchternen und praktischen Erwägungen darüber, was für das Interesse der USA, also auch des nordamerikanischen Kapitalismus, am nützlichsten sei. Die Vereinigten Staaten haben in den langen Jahren ihrer Kolonialpraxis nicht nur die lästigen und kostspieligen Plakereien auswärtiger Verwicklungen kennen gelernt, sie sind auch in der bitteren Zeit der Wirtschaftskrise unangenehm erinnert worden, daß die hemmungslöse Zusammenraffung fremder Gebiete u. a. auch die Konkurrenz für die heimische Industrie und Landwirtschaft vermehrt. Immerhin hat die amerikanische Bourgeoisie aus Gründen, die wir hier nicht bis ins letzte darlegen wollen) und die zweifellos mit ihrer Jugendlichkeit und Unbeschwertheit von europäischen Feudalelementen zusammenhängen) einen Weg gewählt, der sich vorteilhaft von jenem abhebt, den verblendete Herrenkassen, im Bunde mit faschistischen Abenteuerern, in Italien, Deutschland und Japan gehen.

Ein Wort zunächst noch über das inneramerikanische Programm der Konferenz von Buenos Aires. Seit anstelle der Furcht vor dem Yankee-Imperialismus eine wahre gut nachbarliche Politik getreten ist, ist der Weg zur fruchtbaren Behandlung einer Reihe gemeinsamer Aufgaben freigeworden. Um so mehr, als die versammelten Staaten bereits auf ein praktisches Ergebnis ihrer Zusammenarbeit blicken können — die Schlichtung des vom Genfer Völkerbund vergeblich bekämpften Krieges um den Gran Chako. Daran anschließend wird sich die Konferenz mit der Frage künftiger Neutralität, mit dem aktuellen Problem des Waffenexports an kriegführende Staaten, obligatorische Schiedsgerichte usw. befassen.

einer Stelle, dem Deutschen Volksbund in Kattowitz geleitet werden. Und hier ergibt sich der Zwiespalt, daß die Führer des Volksbundes und der Jungdeutschen Partei, die nachweislich aus Berliner Finanzquellen gespeist werden, ihre Tätigkeit in voller Öffentlichkeit und Duldung der Behörden ausüben, die jungen Menschen aber, die dieser »deutschen Erneuerung« folgen, jetzt wegen Geheimbündelei abgeurteilt wurden. Von den 41 Angeklagten wurden 27 von 8 Monaten bis 2½ Jahren Gefängnis verurteilt, 7 Angeklagte, die minderjährig sind, wurden der Zwangserziehung überwiesen, für 3 Minderjährige wurde von der Zwangserziehung eine Bewährungsfrist von 3 Jahren zugestanden. 7 Angeklagte wurden freigesprochen.

Anfang Dezember beginnt vor dem Königshütter, jetzt Chorzower Gericht, ein weiterer Naziprozess gegen 17 Angehörige der Geheimorganisation »Schwarze Hand«, die als Terror- und Femeorganisation neben der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterbewegung bestand und deren Hauptmitglieder bereits im ersten Naziprozess abgeurteilt sind.

Zuchthaus für Jugendliche

Am 17. November wurde in Hamburg ein weiterer Prozeß gegen jugendliche Sozialdemokraten durchgeführt. Angeklagt waren vor

Noch bedeutsamer sind die wirtschaftlichen Fragen, die hier zum erstenmal unter dem Gesichtspunkt einer weit-schauenden panamerikanischen Solidarität behandelt werden. In bezug auf die agrarischen Rohstoffe, die den Lebensnerv der amerikanischen Wirtschaft bilden, also Baumwolle, Weizen und Kaffee, soll eine Regelung angestrebt werden, die alle Störungen des Marktes vermeidet und die Erschließung der zurückgebliebenen südamerikanischen Staaten organisiert. In diesen Zusammenhang gehören auch die vorgesehenen Abmachungen über eine solidarische Zoll- und Währungspolitik.

Ueber die Absicht gemeinsamer außenpolitischer Schritte ist nichts bekannt geworden, aber schon die Kundgebung Hulls zeigt, wie selbstverständlich die Weltlage auch die Beratungen von Buenos Aires überschattet. Und das ist der Punkt, in dem die Konferenz unser ganz besonderes Interesse verdient.

Nicht zufällig hat Hull derart scharfe Worte gegen den Führer des Dritten Reiches gerichtet, denn ein Ereignis, das zweifellos auf besondere Initiative Hitlers zurückzuführen ist, hat in Amerika eine tiefgehende Beachtung gefunden und größte Besorgnis hervorgerufen: der deutsch-japanische Vertrag. Japan hat auf dem amerikanischen Kontinent wenig Freunde. Sein forciertes Militarismus, die brutale und tückische Knebelungspolitik gegenüber China, die Raubrittermethoden im Wirtschaftskampf und vieles andere mehr, stößt bei den amerikanischen Staaten auf entschiedene Ablehnung, die auch durch die Furcht untermischt ist, daß ein stärker gewordenes Japan, ein Japan, das den Stillen Ozean beherrsche, seinen Fuß auch auf die amerikanische Westküste setzen werde.

Aus tiefster Ablehnung solcher faschistischer Expansionspolitik wendet sich Hull gegen den Staat, der immermehr zum Mittelpunkt dieser Weltbedrohung wird — Deutschland. Und das macht Hulls Rede zu einem Ereignis. Sie zeigt zum erstenmal mit aller Deutlichkeit, daß sich gegen den Block der Weltkriegsbrandstifter doch langsam eine Front friedensentschlossener Staaten zu bilden beginnt. Das Wort von den »drei großen Demokratien«, im Kommuniqué über die seinerzeitige Währungsregelung wie zufällig aufgetaucht, erhält durch diese programmatische Stellungnahme auf dem Kongreß der 21 Republiken neues Gewicht.

Es ist einfach nicht wahr, daß die Stärke der faschistischen Kriegstreiber bereits so groß sei, daß sich ihnen die ganze Welt beugen müsse. Ihr bisher provokatorischer Schritt, das deutsch-japanische Kriegsbündnis, hat gleichzeitig auch die Schwächen ihrer Position enthüllt. Das feierliche Veto im Namen von 21 Republiken hat gezeigt, wo sie liegen.

Bernhard Menne.

allen ehemalige Funktionäre und Mitglieder der Sozialistischen Arbeiter-Jugend Hamburg, Distrikt Goldbeck. Es wurden verurteilt:

- der jetzt 25jährige SAJ-Genosse Hans Gottschalk zu vier Jahren Zuchthaus,
- der frühere SAJ-Funktionär Richard Lehrs zu vier Jahren Zuchthaus,
- der 19jährige SAJ-Genosse Heinz Gärtner zu sechs Monaten Gefängnis,
- der 19jährige SAJ-Genosse Baumgartl ebenfalls zu sechs Monaten Gefängnis.

Neben diesen namentlich bekannten Jugendgenossen wurden eine Anzahl anderer jugendlicher, darunter ein Mädel, ebenfalls zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Die Propaganda des Dritten Reiches hat eben erst einen heftigen Feldzug gegen ein polnische Gericht geführt, das in Tarnowitz junge Nazis zu Freiheitsstrafen bis zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilte. Mit besonderer Entrüstung wurde vermerkt, daß den Verurteilten, obwohl sie Jugendliche waren, keine Bewährungsfrist zubilligt wurde. In Deutschland sind die Strafen, wie man sieht, fast doppelt so hoch wie in Polen, und von Bewährungsfrist ist in keinem Fall die Rede.

Die Nazipläne in Danzig

Methoden Drittes Reich

Zuverlässigen Informationen zufolge, beachtlich die Nationalsozialisten, den Danziger Verfassungskonflikt nunmehr dadurch zu lösen, daß sie durch eine schnell durchgeführte Änderung der Danziger Verfassung in nationalsozialistischem Sinne den Völkerbund vorvollendete Tatsachen stellen wollen. Von der obersten Parteiführung in Berlin sind bereits Anweisungen in diesem Sinne an die Danziger Nationalsozialisten ergangen. Die Danziger Nationalsozialisten sollen danach versuchen, die Danziger Verfassung entweder durch einen Beschluß des bestehenden Volkstages abzuändern oder sich durch Neuwahlen zum Danziger Volkstag, die unter schwerstem Terror vor sich gehen sollen, die für eine Verfassungsänderung notwendige Zweidrittel-Mehrheit im Parlament der Freien Stadt zu verschaffen. Da nach den Bestimmungen der Danziger Verfassung eine Verfassungsänderung vom Volkstag nur beschlossen werden kann, wenn mindestens zwei Drittel der verfassungsmäßigen Zahl der Abgeordneten (72) anwesend sind und von diesen mindestens zwei Drittel für die Verfassungsänderung stimmen müßten, erscheint ein verfassungsändernder Beschluß des bestehenden Volkstages ausgeschlossen. Die Nationalsozialisten verfügen in diesem Volkstag nur über 42 Mandate, zur Opposition rechnen sich 30 Abgeordnete (13 Sozialdemokraten, 10 Zentrumsabgeordnete, 3 Deutschnationale, 2 Kommunisten), die restlichen zwei Abgeordneten sind Vertreter der polnischen Minderheit. Die Nationalsozialisten verfügen also weder über eine Zweidrittel-Mehrheit im Volkstag, noch ist es ihnen möglich, eine Zweidrittel-Anwesenheit der Abgeordneten allein herbeizuführen. Es ist deshalb auch wahrscheinlicher, daß sie, auf diesem Wege eine Verfassungsänderung herbeizuführen, nicht versuchen, sondern lieber den Weg einer Terror-Wahl wählen werden, um ihr Ziel zu erreichen.

Die Danziger Nationalsozialisten haben sich seit mehr als 1½ Jahren ständig gegen eine Neuwahl zum Volkstag gestäubt, während eine solche Wahl von den Parteien der deutschen Opposition immer wieder verlangt wurde. Jede Neuwahl, bei der auch nur ein Rest der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Wahlfreiheit für die Opposition funktionieren würde, würde den Nationalsozialisten in Danzig nämlich eine vernichtende Niederlage bereiten, da die übergroße Mehrheit der Danziger Bevölkerung antinationalsozialistisch eingestellt ist. Schon das Wahlergebnis vom 7. April 1935 erbrachte den Nationalsozialisten selbst unter Anwendung zahlreicher Terrormethoden nur eine knappe Stimmenmehrheit. Wenn die Danziger Nationalsozialisten sich jetzt trotzdem zu dem Schritt einer Neuwahl entschließen sollten, um auf diesem Wege einen zu mindestens zwei Dritteln von ihnen beherrschten Volkstag zu erreichen, so heißt das nichts anderes, als daß eine solche Wahl unter Ausschluß jeder Wahlfreiheit für die nicht-nationalsozialistische Mehrheit der Bevölkerung, unter Ausschluß der gesamten noch immer verbotenen Oppositionspressen, unter Bruch des Wahlheimnisses und im Zeichen eines ungehemmten nationalsozialistischen Terrors vor sich gehen würde. Vermutlich würde man vorher auch noch die restlichen beiden Oppositionsparteien, die Deutschnationalen und das Zentrum, polizeilich auflösen, nachdem bekanntlich die Sozialdemokratische Partei bereits vor mehreren Wochen von diesem Schicksal ereilt worden ist. Unter solchen Bedingungen, so hoffen die Nationalsozialisten, muß es ihnen möglich sein, ihr Ziel, eine verfassungsändernde Mehrheit im Danziger Volkstag, zu erreichen.

Die Nationalsozialisten versprechen sich von einem solchen Vorgehen augenscheinlich, einer Stellungnahme des Völkerbundes zu den zahllosen bisherigen Verfassungsverletzungen, die für Januar 1937 vorgesehen ist, zu entgehen, allen Auswirkungen des besonderen Völkerbundsauftrages, den Polen in der letzten Ratsagung erhielt, zuvorzukommen und unter Hinweis auf die — erhoffte — Zweidrittel-Mehrheit auf den Völkerbund einen Druck dahingehend ausüben zu können, daß er einer formalen Verfassungsänderung in Danzig seine Zustimmung erteilt. Sie spekulieren dabei erneut auf die bisherige schwächliche Haltung des Völkerbundes gegenüber den letzten drei Jahren immer wieder in Erscheinung getretenen nationalsozialistischen Verfassungsverletzungen in Danzig und auf die Passivität, die die demokratischen Westmäch-

te bisher fast allen Rechtsbrüchen des Dritten Reiches gegenüber an den Tag gelegt haben.

Der Terror gegen sozialdemokratische Abgeordnete

Daß die Nationalsozialisten gewillt sind, kein Mittel unverwundet zu lassen, das zu einer Vernichtung der Opposition in Danzig geeignet ist, bewiesen erneut die Vorgänge, die sich in der letzten Woche in Danzig ereignet haben. Am Mittwoch, dem 2. November, wurde der Danziger Volkstag einberufen, um die Wahl zweier neuer Senatoren vorzunehmen, vor allem aber, um die Genehmigung zur Strafverfolgung und Strafvollstreckung gegen Abgeordnete der Opposition zu erteilen. Bei dieser Gelegenheit beschloß die nationalsozialistische Mehrheit des Danziger Volkstages die Genehmigung zur Strafverfolgung und Strafvollstreckung gegen die beiden sozialdemokratischen Abgeordneten Artur Brill und Erich Brost. Bei den beiden Strafverfahren handelt es sich um die Ausnutzung der bekannten Legende, wonach die beiden Abgeordneten, die Mitglieder des Landesvorstandes der Sozialdemokratischen Partei der Freien Stadt Danzig sind, im Besitz von Waffen gewesen seien, eine Unterstellung, mit welcher bekanntlich auch die polizeiliche Auflösung der Sozialdemokratie seinerzeit begründet wurde. Ferner erteilte der Volkstag die Genehmigung zur Einleitung des Disziplinarverfahrens mit dem Ziele der Dienstentlassung gegen den ersten Vorsitzenden des Zentrums, den geistlichen Studienrat Abgeordneten Dr. Richard Staehnick, und die Genehmigung zur Strafverfolgung gegen den kommunistischen Abgeordneten Langenau wegen eines ein halbes Jahr zurückliegenden formalen Verstoßes gegen das

Pressegesetz. Nach Schluß der Sitzung wurde der Abgeordnete Brill sodann von der politischen Polizei in Haft genommen. Ganz augenscheinlich hat die Volkstagsitzung im wesentlichen den Zweck gehabt, diese Verhaftung zu ermöglichen.

Abgeordneter Artur Brill wird von den Nationalsozialisten seit langer Zeit mit besonderem Haß verfolgt. Seit vielen Jahren ist er der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei der Freien Stadt Danzig und der Vorsitzende der sozialdemokratischen Volkstagsfraktion. Schon einmal hat er während der nationalsozialistischen Herrschaft in Danzig ein Jahr lang hinter Gefängnismauern verbracht. Er war Ende 1933 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden, weil man ihm vorwarf, er habe bei der gewaltmäßigen Gleichschaltung der Danziger freien Gewerkschaften als Vorsitzender des Bauarbeiterverbandes Gelder, die diesem Verband gehörten, den Nationalsozialisten vorenthalten wollen. Der Gerichtshof, der damals Artur Brills Verurteilung aussprach, konnte jedoch nicht umhin, dem Angeklagten öffentlich zu bescheinigen, daß er aus durchaus ehrenhaften Motiven gehandelt habe. Das Delikt, das man Brill heute zuschreibt, hat er nie begangen. Um einen Aufhebungsgrund gegen die Sozialdemokratie zu finden, fand die Polizei seinerzeit in Abwesenheit Brills in seiner Wohnung Waffen. Ein Zeuge, der bei der Haussuchung zugegen sein wollte, wurde von der Polizei eigens aus dem Zimmer gewiesen, in dem man dann die Waffen entdeckte. Artur Brill, der sich jetzt in Untersuchung befindet, ist eine in allen Kreisen der Danziger Bevölkerung hochgeschätzte Persönlichkeit und wird von der Danziger Arbeiterschaft als ihr unerschrockener und mit ihr untrennbar verbundener Führer verehrt.

Am Freitag, dem 4. Dezember, ist dann

eine Reihe von anderen führenden sozialdemokratischen Funktionären durch die politische Polizei verhaftet worden. Es handelt sich um den 2. Vorsitzenden der Partei, Abgeordneten Eduard Schmidt, um den Sekretär der Partei, Abgeordneten Johannes Mau und dessen Ehefrau und um den Redakteur der »Danziger Volksstimme«, Abgeordneten Fritz Weber. Gleichzeitig wurde ein nicht zur Partei gehöriger Gerichtsassessor Hirschberg, der mit einigen sozialdemokratischen Funktionären persönlich befreundet ist, in Haft genommen. Ueber die Gründe der Verhaftungen ist bisher nichts bekannt. Sämtliche Verhafteten befinden sich im Polizeigefängnis in Danzig, wo außer ihnen noch immer zahlreiche Personen verschiedener Parteirichtungen in Schutzhaft sitzen. Die immer neuen Verhaftungen und die Tatsache, daß man gerade Abgeordnete festzusetzen sucht, beweisen aufs deutlichste, daß die Nationalsozialisten den besonderen Plan verfolgen, die sozialdemokratischen Massen für die nächste Zeit, vielleicht für den Fall einer Wahl, ihrer Repräsentanten zu berauben.

Verhaftet wurde in den letzten Tagen auch ein weiterer Führer der Deutschnationalen, Rechtsanwalt Friedrich, nachdem der Vorsitzende der Deutschnationalen, Dr. Blavier, sich bekanntlich seit Wochen in Schutzhaft befindet.

Gerichtsweise verläutet in Danzig, daß man auch gegen die Führer des Zentrums bald mit Verhaftungen vorgehen will. Der nationalsozialistische Terror tobt sich weiter auf der ganzen Linie aus.

In der Volkstagsitzung am 2. Dezember wurde zum Wirtschaftssenator Oberregierungsrat Schimmel, der in Danzig wegen seiner ausgeprägten Polenfeindschaft bekannt ist, und zum Senator für das Gesundheitswesen Medizinalrat Dr. Großmann gewählt, bei dem es sich um einen besonderen Vertrauensmann des Gauleiters der NSDAP in Danzig, Forster, handelt.

Deutsche Streiflichter

„Viecher“

Wir haben die deutsche Buchwoche hinter uns. Das Ergebnis ist noch unter dem Erwartung der Pessimisten geblieben. Nur Rosenberg kann einen Rekord buchen: sein »Mythos« hat eine Auflage von 500.000 erreicht, ein Fünftel der deutschen Auflage von »Mein Kampf«. Die Zwangskundschaft der Naziliteratur kauft aber keine anderen Bücher. Es ist daher zu verstehen, daß die Propaganda der Buchhändler allmählich nervös und beleidigt wird. Im vorigen Jahre hatten die Buchhändler Leipzigs Kamele aus dem dortigen Zoo durch die Straßen führen lassen. Auf den Seiten der Tiere hingen große Plakate: »Wir sind Kamele! Wir wollen Kamele bleiben! Wir kaufen keine Bücher! Das war gewiß schon recht anzüglich für den sogenannten Geist des Dritten Reichs, aber in diesem Jahre wurden die Buchhändler richtig grob, denn sie ließen Plakate anschlagen, die Verse enthielten wie diesen:

»Mir läsen keene Bücher,
mir bliwen lieber Viecher.«

Oder:

»Ich koofe keene Bücher nich,
das is e deirer Sport,
und was ich von Prospekten krieg,
das kumt auf den Abort.«

Und auf dem Abort werden die Buchprospekte bestimmt das Hakenkreuz antreffen.

Kriegsfurcht in Deutschland

Rüstungen gegen Belgien.

Aus den Rheinland erfahren wir: Am Rande der Stadt Aachen werden große Kasernenbauten durchgeführt. Sie sollen 7000 Mann fassen. Zu Anfang waren für die Bauten 150 Tage vorgesehen. Jetzt soll alles in 45 Tagen fertig sein. Die Truppen sollen noch vor Weihnachten einziehen. Es wird in drei Schichten gearbeitet, nachts bei Scheinwerfern mit 20.000 Watt. Die Wege werden nach allen Seiten fest ausgebaut, einen halben Meter tief, dann feste Schlacken (Eisenerzschlacken und oben feste Betonschicht). Die Gebäude werden zweieinhalbstöckig barackenähnlich. Auch in Eschweiler und Jülich werden Unterkunftsräume für Militär gebaut.

In fast allen Orten des Rheinlandes entstehen jetzt sogenannte Herbergen für die Jugend. Diese Gebäude können 100 bis 200 Personen fassen. Es sind Militärunterkunfts-räume, die unter dem Deckmantel von Jugendherbergen geschaffen werden. Diese Ge-

Streicher gegen das Gehirn

Auf der Burg Vogelsang in der Eifel, wo die Nazi-Junker ausgebildet werden, waren die Gauamtsleiter versammelt, um Vorträge von fast allen führenden Nazis, auch von Hitler, zu hören. Merkwürdigerweise kam Julius Streicher in der Göbbelsschen Berichterstattung ganz schlecht weg. Die »Frankfurter Zeitung« (Nr. 594) tut ihn sogar so ab... »nachdem am Dienstagabend Gauleiter Streicher die Judenfrage behandelt hatte...« Wir erfahren nun zuverlässig, daß Streicher keineswegs, wie angekündigt, nur über die Rassenfrage gesprochen, sondern in einer Rede von drei Stunden seinen ganzen Kummer über die Entwicklung in der Partei vor der erlauchten Versammlung ausgebreitet hat. Er trat als Anwalt der »Alten Kämpfer« auf, die mehr und mehr von den Gehirnmenschen verdrängt würden. Es bestehe, so klagte er, die große Gefahr, daß in der Partei die Intelligenz allein maßgeblich werde, da der klug berechnende Gehirnmensch verstehe, die bescheidenen Männer der ersten Zeit, die Herz und Gemüt hätten, an die Wand zu drücken. Heute wolle man auch in führenden Kreisen der Partei von der Leidenschaftlichkeit der Kampfzeit nichts mehr wissen und komme mit hochwissenschaftlichen Vorträgen, die das Volk nicht verstehe. Er stellte Dr. Ley und nicht

etwa Dr. Göbbels als rednerisches Vorbild hin. Ganze Partien der Rede waren eine indirekt gegen Göbbels gerichtete Kritik. Auch die Pressenotizen in der Ernährungsfrage bemängelte er als schematisch und daher unwirksam. Die Erfahrung der alten Kämpfer sei mehr wert als alles Wissen, und diese alte Garde habe noch Aufgaben zu erfüllen, die niemand anders leisten könne. Daß Dr. Schacht, dessen Name nicht genannt wurde, besonders schlecht weg kam, ist selbstverständlich. Ganz trübe sieht Streicher in der Rassenfrage. Die marxistische Verseuchung wirke sogar noch in der Partei nach, so daß man bei vielen Parteigenossen in der Rassenfrage auf Unverständnis stoße. Die Nürnberger Gesetze würden von vielen Richtern sabotiert. Man müsse die Beobachtung der Urteile zu einem Prüfstein für die Zuverlässigkeit jedes Richters machen. In seiner Kritik vieler Nazirodner ging Streicher so weit, von bedauerlichen und kümmerlichen Schustern zu reden. Offenbar ist die Streichererei augenblicklich in der Parteiführung nicht beliebt. Vielleicht mahnt Herr von Ribbentrop aus London zur Vorsicht, aber die Art, wie die allermeisten Gauamtsleiter seinen Vortrag für Raduantisemitismus und für den Terror der Alten Kämpfer aufgenommen haben, zeigt, daß rohe Gewalt unvermindert stark in der Parteibonokratie wirken.

bäude findet man in kleinsten Orten. In Aachen allein können in solchen Herbergen allein 1500 Mann untergebracht werden. Im Bezirk Trier will man insgesamt 1.750.000 RM für solche Bauten ausgeben. Die Städte müssen das Gelände zur Verfügung stellen, das WHW und die Schulkinder müssen die Innenausstattung durch Sammlungen schaffen. An die Stadt Trier leistet der Staat 360.000 RM Zuschuß.

Die Bestimmungen über die Einberufung von Heerespflichtigen sind jetzt überall verschickt worden. Hinzukommt, daß allen Lehrern, Eisenbahnern und Postbeamten mitgeteilt wurde, daß sie eine 6wöchige Übung zu machen hätten, soweit sie das 55. Lebensjahr noch nicht überschritten hätten. Auch die städtischen und sonstigen behördlichen Angestellten müssen diese Übungen machen.

Es ist klar, daß alle diese Maßnahmen in der Bevölkerung ständig die Furcht vor dem Kriege wachhalten. Im übrigen haben die

letzten Wochen die Meldungen des Auslandes, die natürlich nach wie vor von den Sendern Straßburg, Luxemburg und anderen Sendern abgehört wurden die Unruhe noch verstärkt.

Der deutsche Appetit

»Die Bewegungen des bolschewistischen »Pendels« werden in der letzten Zeit immer klarer und drohender. Es ist schwer voraussehen, welche Formen die Auseinandersetzung annehmen wird und wann sie stattfindet. Daß es aber dazu kommen wird, scheint uns unabwendbar, denn der Abgrund zwischen dem Westen und dem Osten ist unüberbrückbar. Europa trägt in sich die für den Sieg erforderlichen Elemente. Es handelt sich nur darum, sie zu organisieren. Wir glauben, daß die Ukraine, die kosakischen Territorien und der Kaukasus als wichtige Elemente in die antimarxistische europäische Front eingereiht werden können.« »Zeitschrift für Geopolitik.«

Neue Formen des Terrors

Je schwieriger die Lage des Dritten Reiches wird, je stärker die Unzufriedenheit zunimmt, um so umfassender und systematischer wird der Terror. Unter diesen Umständen muß man den Besprechungen, die am 11. und 12. November im Reichsjustizministerium stattfanden, die größte Bedeutung beimessen. Auf der Tagesordnung stand die Bekämpfung »hochverräterischer Umtriebe«. An ihr nahmen die maßgebenden Leute der Geheimen Staatspolizei und aller Gerichte teil — vom Volksgericht bis zu den Landgerichten — die für die Aburteilung von Hochverratsachen zuständig sind. In dem amtlichen Bericht über diese Verhandlungen heißt es:

»In der Besprechung kam der gemeinsame Wille der Justiz- und Polizeiorgane zum energischen Kampf gegen alle kommunistischen und sonstigen hochverräterischen Bestrebungen zum Ausdruck. Die Beratungen standen im Zeichen kameradschaftlichster Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden und den Dienststellen der Geheimen Staatspolizei. Sie ließen wiederholt erkennen, wie erfolgreich diese Zusammenarbeit bisher schon war.«

Immer engmaschiger wird danach das Netz zur Verfolgung der Gegner und Diktatur. Die wachsende Zahl politischer Prozesse und die ständig zunehmenden Verhaftungen wegen Verschwörungen gegen die Sicherheit des Staates beunruhigen die Diktatur außerordentlich. So stark, daß man sich zu neuen Methoden in der Anwendung des Terrors entschlossen hat.

System des Geheimjustiz

Lange Zeit hindurch glaubte man, durch die Veröffentlichung von harten Urteilen abschreckend wirken und die Gegnerschaft gegen die Diktatur einschüchtern zu können. Nachdem sich herausgestellt hat, daß diese Annahme falsch ist, hat das System der Geheimjustiz weitere Fortschritte gemacht. Nie waren die Verhaftungen so zahlreich wie jetzt. Aber noch niemals brachte die Presse so augenblicklich, weder über Verhaftungen, noch über Verurteilungen. Die Verhafteten sitzen meist jahrelang in Untersuchungshaft, ehe sie abgeurteilt werden. Die Angehörigen werden verpflichtet, über die Verhaftungen und Aburteilungen zu schweigen. Stillschweigend wandern zahlreiche Opfer ins Zuchthaus. Man geht so weit, daß in der Regel die Anklageschrift eingezogen wird, und daß die Verurteilten nicht einmal eine schriftliche Urteilsbegründung erhalten.

Das alles dient nicht nur der Rache an dem einzelnen wehrlosen Opfer. Es ist eine Maßnahme, die einen tieferen Sinn hat. Die Öffentlichkeit soll nicht erfahren, wie stark und zahlreich die Gegner des Regimes sind, wie groß ihr Heldenmut ist, wie wenig auch die barbarischsten Strafen abschreckend wirken. Man möchte den Eindruck erzeugen, als gebe es keine wirklichen Widerstände gegen das Regime. Diese Stimmung braucht man für das Inland, man braucht sie auch für das Ausland, wo man als zivilisierter Staat angesehen werden will.

Bezeichnend ist, daß man dem Ausland erzählt, daß die Konzentrationslager zu »Strafgefangenenlagern« umgewandelt worden seien, in denen ausschließlich gerichtlich verurteilte kriminelle Verbrecher untergebracht werden. Weder Heilmann, noch Mierendorff, noch Schumacher sind jemals verurteilt worden. Aber alle drei sind seit 3½ Jahren im Konzentrationslager inhaftiert. Sie in die Kategorie der »Verbrecher« einzureihen — das kann nur ein System, das davon lebt, wehrlose politische Gegner als ehrlos zu beschimpfen. Bei dieser Gelegenheit darf man an einen Satz erinnern, der in einer Eingabe der deutschen Bekenntniskirche an Reichskanzler Hitler steht:

»Das evangelische Gewissen, das sich für Volk und Regierung verantwortlich weiß, wird aufs härteste belastet durch die Tatsache,

daß es in Deutschland, das sich selbst als Rechtsstaat bezeichnet, immer noch Konzentrationslager gibt...«

Drei Hinrichtungen wödentlich!

Manchmal ist selbst in der gleichgeschalteten Presse ein Körnchen Wahrheit zu entdecken. Kürzlich wurde mitgeteilt, daß in dem »Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich für 1936« 149 Hinrichtungen männlicher Personen und 3 Hinrichtungen weiblicher Personen angeführt seien. Es wurde hinzugefügt, 77 der vollstreckten Todesurteile seien auf Grund des Gesetzes zum Schutz des Staates gefällt, das im Juli 1934 erlassen wurde.

Wohl wenige Leser dürften die volle Bedeutung dieser Notiz erkannt haben. Das Gesetz vom 3. Juli 1934 ist jenes »Gesetz über Maßnahmen der Staatsnotwehr«, durch das die Morde vom 30. Juni, 1. und 2. Juli 1934 nachträglich als »Staatsnotwehr« rechtens erklärt wurden. Es ist also eine bewußte Irre-

führung, wenn man von »Todesurteilen« spricht, wo es sich um glatte Morde handelt. Wer hat z. B. die Frau des Generals von Schleicher »zum Tode verurteilt«, als sie neben ihrem Manne, der angeblich auch nicht erschossen, sondern nur verhaftet werden sollte, meuchlings niedergeknallt wurde? Niemand glaubt, daß die amtlich angegebene Zahl von 77 Toten an dem berüchtigten 30. Juni die wirkliche Zahl ist.

Auch bei den restlichen 75 Hingetrichten ist anzunehmen, daß der größte Teil wegen politischer Vergehen den Tod erlitten hat. Dabei sind die weit zahlreicheren Fälle, in denen wehrlose Gefangene in den Kern- und Konzentrationslagern gemordet, »auf der Flucht erschossen« worden sind, ebenso wenig enthalten, wie die zahllosen »Selbstmorde« in den Gefängnissen.

Mit allen diesen Einschränkungen entfallen im Dritten Reich im Durchschnitt auf jede Woche des Jahres drei Hinrichtungen — amtlich zugegeben! Auf diesem Gebiet schlägt das Dritte Reich sicherlich jeden Rekord.

Die Lohntüte als Fanal

In Deutschland

Der »Völkische Beobachter« vom 1. November schreibt:

»Wir haben Facharbeitermangel. Er wird sogar noch größer werden, als er jetzt schon ist. Aber dieser Facharbeitermangel soll nicht ausgenutzt werden. Ein Facharbeiter, der auf jedes höhere Lohnangebot hört, macht sich des Spekulantentums schuldig: Er nutzt für sich eine Notlage aus... Die Löhne werden steigen auf der ganzen Linie, wenn die Erzeugung gesteigert werden kann. Der Facharbeiter, der den jetzigen Facharbeitermangel für sich ausnützt, erschwert den Rohstoffkampf und schiebt den Augenblick hinaus, an dem eine allgemeine Hebung des Lohnniveaus möglich ist.«

In Amerika

Zum ersten Male seit ihrem Bestehen hat die amerikanische Eisen- und Stahlindustrie mit der Arbeiterschaft einen Tarifvertrag abgeschlossen, was diesen gewaltigen Industrieherrn gewiß schwer gefallen sein mag. Die Lohnerhöhung wurde für

500.000 Arbeiter gewährt und beträgt rund 10 Prozent. In den ersten zwei Wochen nach den Wahlen haben weitere rund 600.000 Arbeiter Lohnerhöhungen erhalten. Meistens handelt es sich um eine Erhöhung von 10 Prozent.

In England

Auch in England geht die Lohnerhöhungswelle ununterbrochen weiter. Die englischen Textilarbeiter haben eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 7½ Prozent erreicht. In ähnlicher Weise wurden auch die Löhne der Konfektionsarbeiter erhöht. Allein im Monat November hat mehr als eine Million Arbeiter wesentliche Lohnerhöhungen erhalten.

In Italien

»Lavoro Fascisti« meldet aus Mailand Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, die eine Lohnsteigerung in der Textil-, Chemikalien- und Lederindustrie festsetzen. Die Aufbesserungen sind gestaffelt und bewegen sich zwischen 6 und 10 Prozent.

Und in Deutschland?

Das unbefreite Rheinland

Ein kostspieliges Panzerwerk gegen den europäischen Frieden

Wie man dieser Tage französischen Rechtsblättern entnehmen konnte, ist jetzt von Deutschland eine neue, rein strategischen Zwecken dienende Bahnlinie im Westen, die Strecke Türkismühl-Kusel nach vierjähriger angestrengter Arbeit fertiggestellt worden. Der Bau ging im südwestlichen Zipfel des Rheinlandes von statten, im oberen Nahegebiet, wo Oldenburg bis vor kurzem seine bekannte Enklave unterhielt. Das Gelände ist dort durch hohes Waldgebirge, das in den Gipfeln durchschnittlich sechshundert und einige Meter erreicht, wild zerrissen. Der Bahnbau hat also besondere technische Schwierigkeiten zu überwinden gehabt. Die Linie erstreckt sich über einige fünfzig Kilometer genau parallel mit der unmittelbar benachbarten Saargrenze, was allein schon sehr merkwürdig ist, weil grade in dieser Richtung von Nord nach Süd schon allein wegen der Gestaltung des Gebirges der Verkehr in der außerdem sehr menschenarmen Gegend auf größere Strecken hin sich nicht vollzieht und seine Wege normalerweise den von Ost nach West — nach dem Rheintal hinausgerichteten natürlichen Bedingungen folgen. Noch merkwürdiger ist, daß die Ausgangsstation der Bahn Türkismühl, im früheren Oldenburgischen, jetzt Preussischen liegt, dagegen der Endpunkt in der bayrischen Pfalz; so »länderverbindende« Lokalbahnen hat man doch früher nicht mit solcher Weitherzigkeit gebaut!

Noch kurioser aber wird die Angelegenheit vom Standort zweckdienlicher Verkehrstechnik, wenn man sich die Mühe gibt, darüber Auskunft zu erhalten, welchem Kommunikationsbedürfnis die teure Bahn nun

eigentlich dienen soll. Wer wird eigentlich mit wem verbunden? Nun, der Ort Türkismühl, an der Strecke Bingen-Saarbrücken, hat genau hundertneunundfünfzig lebende Einwohner, das pfälzische Städtchen Kusel, deren dreitausendfünfhundertachtundachtzig! Dazwischen gibt es kein Dorf mit mehr als vierhundert Einwohnern; und außerdem nur sehr wenige Dörfer! Eine einzige tägliche Autoverbindung, die dieselbe Strecke zu betreten hätte, würde also schon wahrscheinlich sehr unrentabel sein. Macht nichts! Das Dritte Reich will grade an dieser Stelle der Erde seine mit vielen Tunneln, Brücken, steilen und teuersten Böschungen ausgestattete Bahn....

Nun weiß jeder, was, zum Unterschied von dem damaligen französischen, das deutsche Bahnnetz schon zur Zeit des Weltkrieges bedeutete. Während Frankreich, seinem friedlichen Verkehrsbedürfnis entsprechend, fast ausschließlich Radialbahnen unterhielt, von oder nach Paris als dem natürlichen Mittelpunkt strebend, so daß ihm dann tatsächlich die notwendige Umgruppierung seiner Streitkräfte zu Beginn des Weltkrieges nach dem deutschen Einmarsch in Belgien fast ausschließlich über die Pariser Bahnhöfe größte Schwierigkeiten machte, hat es Deutschland auch schon früher immer mit seinen der jeweiligen Grenzlinie folgenden, mehrfach hintereinander gestaffelten, exzentrischen »Rochade«-Bahnen gehalten. Sie dienten nur getarnt dem »Verkehr«; in Wirklichkeit waren sie Angelegenheiten des sogenannten »Ernstfalles«: Sie erleichterten Aufmarsch und Angriffsoperationen auf weitester Linie! Es ist charakteristisch, wie Hitler-Deutschland auch hier ganz

auf den Spuren der Hohenzollernschen Militärmonarchie wandelt! Die neue Bahn im Nahe-Gebiet ist ein besonders auffälliges Beweisobjekt. Nur freilich — Wilhelm durfte einst noch aus dem kapitalistischen Vollen schöpfen. Ob eine strategische Bahn mehr oder weniger damals — nun ja, seine Deutschen hatten es ja dazu. Hitlers Remilitarisierung Deutschlands aber erbliht nicht aus einem Teil des hochkapitalistischen Spitzen-Profits, sondern aus dem finanziellen Bankrott des Landes.

Noch steht als schweigender Ankläger derselben deutschen Fiktion, die das Dritte Reich heute zum Schrecken Europas macht, die sogenannte »Ludendorff-Brücke« schwarz und schwer an die Berge des Ufers gelehnt hinter Remagen ihm »deutschen Strom«. Nie hat der Fuß eines Spaziergängers sie passiert; nie ist auch nur ein einziger Waggon über sie gerollt. Eine Ruine, die nicht sterben wollte! Es war Ludendorff selbst, der sie mitten im Weltkrieg errichten ließ. Gebirge rechts und links des Rheines wurden förmlich aufgebrochen, um die neue Linie zur Westfront, die vor allem die Strecke Köln—Herbesthal in unmittelbarer seitlicher Parallele, die Ahr hinauf, entlasten sollte, heranzuführen. Als die Linie selbst mit kostspieligstem Oberwerk schon fertig war und als an der Brücke als ihrem notwendigen »Kernstück« die letzte Niete eingeschlagen werden sollte, war — »leider!« — der Waffenstillstand da. Bezüglich der kostspieligen Strecke gab es einmal schwierige Erwägungen, wie weit sie vielleicht als »Auto-Fernstraße« umgestaltet werden könne; selbst da war kein irgendwie geartetes Bedürfnis praktisch vorhanden und so blieb das eben im Stadium der Akten auf den Landratsämtern. Die Brücke selbst aber, die achthundert Meter Beton und Eisen, die man dem Strom überantwortet hatte, von Ackerfeld zu Ackerfeld den breiten Strom überquerend —? Der Gedanke, sie überhaupt einem — wenn auch nur bescheidenen — Gebrauch zuführen zu können, konnte wirklich niemand kommen. So ließ man sie als Zeuge menschlichen Wahnsinnes an Ort und Stelle; ein Abbruch auf Altmetall hätte die Unkosten nicht gedeckt... An dieser Brücke im Rheinland zogen dann unter Hörnerklang französische Bataillone vorbei. Zehn Jahre lang. Nach weiteren fünf Jahren aber kam die Reichswehr aus dem Osten... Ist das Rheinland nun wirklich »befreit«?

Das Geständnis

Wie kommt das Winterhilfswerk zustande?

Durch die braune Presse läuft diese Notiz: »Verweigerung der WHW-Spende verstößt gegen die Gefolgschaftstreue. Wenn auch keine Rechtspflicht besteht, dem Winterhilfswerk des deutschen Volkes Spenden zu geben, so stellt doch die eindeutige Weigerung eines Gefolgschaftsmitgliedes, an sammelnde NSV-Helfer am Eintopfsonntag, die übliche Spende zu geben, ein höchst mißbilligenswertes, volksgemeinschaftsfeindliches Verhalten dar. Wenn dieses Verhalten dazu führt, daß dadurch das Ansehen des wirtschaftlich kämpfenden Unternehmens innerhalb des Kundenkreises gefährdet wird, so ist der Betriebsführer zur fristlosen Entlassung des Gefolgschaftsmitgliedes berechtigt, auch wenn dieses schon sehr lange Zeit dem Betriebe angehört.«

Deutlicher kann man sich nicht ausdrücken. Es ist eine letzte Warnung an alle, die es angeht: Gibst du nicht »freiwillig«, so brauch ich Gewalt. Die Entlassung aus solch einem Grund bedeutet gleichzeitig den Ausschluß aus der Deutschen Arbeitsfront und damit die Existenzvernichtung.

Maßkrug geht vor Handgranate

Zum Kapitel »Dank des Vaterlandes« gegen Kriegsteilnehmer liefert der »Westdeutsche Beobachter« ein wertvolles Dokument in seinem Bericht über die Gedenkrede des Gauleiters Grohé in Köln:

»Er wandte sich gegen jene Ehrabschneider, die den jungen Nationalsozialisten vorwarfen, sie hätten nicht mitzureden, weil sie nicht im Kriege gewesen seien. Innen hielt er entgegen, daß nicht das Alter, nicht die Tatsache der Teilnahme am Kriege entscheidend seien, sondern die Einsatzbereitschaft für das Vaterland. Antäpferkeit standen die Nationalsozialisten, die in Saalschlachten gingen, denen nicht nach, die 1914, weil sie alt genug waren, am Kriege teilnahmen. Der Einsatz des Lebens war im Felde nicht schwerer als in der Nachkriegszeit, in dem sich junge Nationalsozialisten dasselbe Anrecht in blutiger Saalschlacht erwarben, das sich die Soldaten an der Front erkämpft hatten.«

Die Gefahr der diktatorialen Kleinstaaten

Von Oda Olberg (Buenos Aires).

Die im Exil erscheinende österreichische »Arbeiter-Zeitung« wies in einer ihrer Septemberrummern auf beachtenswerte Worte hin, die Jakob Burckhardt über die kleinen Staaten geschrieben hat:

»Der Kleinstaat ist vorhanden, damit ein Fleck auf der Welt sei, wo die größtmögliche Quote der Staatsangehörigen Bürger im vollen Sinne sind. Kleine Tyrannen sind die unsicherste Staatsform und haben die beständige Neigung, in einem größeren Ganzen aufzugehen. Denn der Kleinstaat hat überhaupt nichts als die wirkliche tatsächliche Freiheit, wodurch er die gewaltigen Vorteile des Großstaates, selbst dessen Macht, ideal völlig aufwiegt; jede Ausartung in die Despotie entzieht ihm seinen Boden.«

Hier wird das Problem des Kleinstaatens von innen betrachtet. Auf die Außenpolitik wirkt nur die »Neigung, in einem größeren Ganzen aufzugehen«. Diese Neigung ist heute den der Despotie verfallenen Kleinstaaten gründlich vergangen, weil sie dabei vom Regen in die Traufe kämen. Im übrigen hat die Bevölkerung dieser Kleinstaaten, deren Staatsangehörige eben keine Bürger mehr sind, überhaupt keine Möglichkeit, ihre Neigung irgendwie in die Waagschale zu werfen, da die heutigen Despoten viel »totalitärer« sind als der vorwiegend den antiken Republiken zugewandte Burckhardt sich träumen lassen konnte. In dieser Unmöglichkeit für das Volk, die Politik des eigenen Landes zu lenken, liegt die außenpolitische Gefährlichkeit der diktatorial regierten Kleinstaaten.

Jeder demokratische Kleinstaat hat tiefe feste Wurzeln im Boden seiner Lebensinteressen. Klassisches Beispiel, die Schweiz. Sie wird nie ein europäisches Problem sein, nie ein Pulverfaß, nie ein »neuragischer Punkt«. Solange sie wahrhaft demokratisch bleibt, wird sie nie von einer Großmacht in Schlepptau genommen werden, wird immer politische Eigenwärme haben. Ihr dreisprachiges Volk, aus verschiedenen Rassen zu nationaler Einheit verschmolzen, kann am Schicksal der andern Völker, je nach Klasse und Kulturkreis, verschiedenen Anteil nehmen, aber es wird sich so wenig in fremde Konflikte hineinziehen lassen, wie sich seine Alpen zu fremden Festungsgürteln gestalten können. Die freie Schweiz ist der unerschütterlichste Punkt in ganz Europa, überhaupt nur von innen zu sprengen.

Sobald aber ein Kleinstaat von seinen demokratischen Wurzeln losgerissen wird, stößt ihn die Habgier der Großstaaten hin und her. Er wird zu einem Element der Unruhe. Klassisches Beispiel, Oesterreich. Seit es aufgehört hat, ein demokratischer Staat, ein Rechtsstaat zu sein, ist es eine Prestigefrage für Hitler, ein mögliches Aufmarschgebiet für Italien, Gegenstand der Sorge und etwaigen Abwehr für Frankreich und die Tschechoslowakei — kurz, es ist alles, nur kein Land für Oesterreicher, daß sie es nach ihren eigenen Bedürfnissen und Wünschen erhalten und bestellen. Es ist ein unberechenbares Etwas in Europa geworden. Was ein Volk braucht, ist mit einiger Bestimmtheit vorauszusagen: Frieden, billige und rechtschaffene Verwaltung, Selbstbestimmung, Rechtssicherheit, Handelsaustausch usw., eben das, was es in einer Demokratie zu verwirklichen strebt. Was aber ein Diktator und sein Klüngel brauchen, entzieht sich der Voraussage, etwa, wie das Ergebnis einer Versteigerung. Es hängt von der inneren Gefährdung des Regimes ab, von den Umwerbungen oder Erpressungen der Großmächte. Da wird mit Kommunistengefahr und Weltkrieg jongliert, mit Kronen und Königstöchtern. Eines Volkes Interessen sind in seinem Lebensraum, seiner Freiheit, seinen Arbeitsmöglichkeiten, kurz, in seinem Vaterlande verankert. Die des Diktators und seines Klüngels sind auf Macht gerichtet, Macht durch Waffen oder Geld; sie haben mit dem eigenen Volke nur insofern zu tun, als dieses das Mittel sein soll zu Machtzwecken. Wenn in einem

Großstaat die eigenen Ressourcen hinreichen für den Dienst dieses Zweckes und er sich daher national gebärden kann, obwohl er den Lebensinteressen des eigenen Volkes entgegenarbeitet, muß in einem despotisch regierten Kleinstaat die Machtgier über die Grenzen hinausgreifen. Er wird gleichsam als Spielball für fremde Interessen auf den diplomatischen Markt gebracht. Ein gefundenes Fressen für die faschistischen Großstaaten, die nach Ausdehnung ihrer Machtsphäre streben. Daher die nie ruhende Wühlarbeit, das demokratische Regime der kleinen Staaten zu vernichten. Nicht, daß den großen Diktaturen an dem Wohl oder Wehe — in diesem Falle an dem Wehe — anderer Länder gelegen wäre, oder etwa an der Ausbreitung der eigenen Ideologie als solcher. An Vasallenstaaten ist ihnen gelegen.

Die internationale Gefahr eines solchen Kleinstaatens ohne Selbststeuerung, die bei Oesterreich eine Drohung ist, sehen wir als Wirklichkeit in Portugal. Wäre Portugal ein demokratisch regierter Staat gewesen, so wäre es nie zum spanischen Bürgerkrieg gekommen. Ein demokratischer Staat wäre rein technisch untauglich gewesen zu der langen Vorbereitung der spanischen Meuterei; rein technisch, weil die ungeknebelte Presse und die Freiheit der Kritik im Parlament und Volksversammlung die Anhäufung von Kriegsmaterial, die Zusammenkünfte spanischer Offiziere, die Machenschaften der Rechtsemigranten, die Inspektion der portugiesischen Flughäfen usw. zur öffentlichen Kenntnis gebracht hätten. Und wie hätten die Meuterer den Aufstand gewagt, ohne auf Portugal als wirklich kugelsichere Etappe zählen zu können, als Lazareth für ihre Verwundeten, Stapelplatz für ihr Kriegsmaterial, Landungshafen für ihre Flugzeuge, Falle für regierungstreue Flüchtlinge, die das faschistische Nachbarländchen zum Erschießen auslieferte? Deutschland und Italien sind weit, Portugal ist nahe, und die Diplomatie der ganzen Welt hätte seine heiligen Grenzen geschützt, wenn

das »bolschewistische« Spanien es gewagt hätte, dies Asyl des Vertragsbruchs anzutasten.

Und wenn Portugal ein demokratisches Land gewesen wäre, was es allerdings auch vor dem heutigen diktatorialen Regime nicht war, mit einer eigenen, aus den eigenen Lebensbedürfnissen erwachsenen Politik, hätte vielleicht England eine andre Haltung gegenüber Spanien eingenommen. Wenn sich auch die Feder sträubt, es niederzuschreiben, so ist es doch unlegbar, daß Englands Außenpolitik in dieser Tragödie ausgesprochen faschistenfreundlich ist. Diese Feststellung ist fast ebenso schmerzlich, wie unser Wissen um das furchtbare Morden in Spanien, aber ebensowenig ein Phantasieprodukt, wie dieses. Für alle, die an eine weitblickende Politik und an eine zur Tat werdende demokratische Ueberzeugung Großbritanniens geglaubt haben, waren die letzten Monate die schwerste Enttäuschung. Das einst so mächtige Inselreich unterhandelt mit einem Meuterer, wie mit einer gleichgestellten Macht! Ihre Erklärung findet diese Haltung in der Tatsache, daß England in seinen Rüstungen sich nicht auf der Höhe der faschistischen Staaten fühlt, was die demokratischen Elemente lähmt. Daneben bestehen aber sicher ein Uebergewicht kapitalistischer Interessen, Sympathie eines Teil der Offiziere mit den Meuterern, faschistische Stimmungen breiter Schichten, wobei der Kommunistenschreck kaum eine größere Rolle spielen dürfte, weil das englische Publikum für solchen Bluff zu gescheit ist. Sollte aber die britische Diplomatie, deren Blick nicht soweit reicht, die Folgen des Weißblutens des spanischen Rechtsstaates zu ermessen — vor allem die Ueberwältigung der Demokratie Frankreichs — sich nicht durch ein kleines, aber naheliegendes Objekt haben beeinflussen lassen: Englands Vorherrschaft in Portugal?

Siegt in Spanien der Rechtsstaat, so wird er die Form einer iberischen Föderation annehmen, in welchem »größeren Ganzen aufzugehen« die demokratischen

Elemente Portugals erstreben müßten. In dem am innigsten mit Portugal verbundenen Teil Spaniens, in Galicia, hat man seit Beginn des Bürgerkrieges die Haltung Englands dieser Sorge um seine Hegemonie zugeschrieben. Der Fluch der Unfreiheit der andern — an der England freilich keine Schuld trägt — fällt auf ihre Nutznießer zurück. Denn daß England gegen die Interessen seines Volkes und auch die seines Weltreichs handelt, darüber lassen z. B. die Kolonisationspläne Deutschlands und Italiens keinen Zweifel, die die »United Press« am 23. November verbreitet hat. Beide Länder wollen großmütig ihren Bevölkerungsüberschuß nach Spanien senden, Deutschland seine Bergarbeiter nach Asturien, weil es wahrscheinlich ist, daß der Bürgerkrieg die Mehrzahl der asturischen Bergleute eliminiert, Italien seine Landleute nach Andalusien, dessen Großgrundbesitzer keine Handbreit Erde hatten für das eigene Volk, das zu Hunderttausenden nach Amerika mußte. Aber neben dem deutsch-italienischen Spanien bliebe ja ein englisches Portugal, also eine Einflußsphäre, die in einem freien Spanien verloren wäre.

Man lasse das diktatoriale Regime auf weitere kleine Demokratien übergreifen — auf die Tschechoslowakei und Belgien, wird seit langem gezielt, Irland ist schon auf gutem Wege, von den Balkanstaaten ganz zu schweigen — und die Reiche, die sich als demokratische Großstaaten fühlen, werden wie eine reife Frucht dem Faschismus in den Schoß fallen.

Es mag verschoben scheinen, in dem verfilzten Gewebe der Geschichte ethischen Verknüpfungen nachzuspüren. Bedenkt man aber, zu welchem Fluch für alle sich die Freiheitsberaubung der kleinen Staaten auswächst, so kann man nicht umhin, an die sittliche Forderung Kants zu denken, die jeden Menschen als Selbstzweck betrachtet sehen will und nicht als Mittel. Das gilt auch für die Staaten. Aber Selbstzweck ist nur ein Staat, den der freie Wille seiner Bürger lenkt.

Das Hakenkreuz in Spanien

Die deutsche Botschaft in Madrid war in eine Festung verwandelt

In spanischen Zeitungen lesen wir:

Als vor kurzem auf energisches Ersuchen der Madrider Regierung die Gebäude der italienischen und deutschen Botschaften in Madrid geräumt wurden, ergab sich ein großer Unterschied zwischen dem Zustand der beiden. Die italienische Botschaft wurde ohne den geringsten Widerstand übergeben, sie war nur noch von einem Portier und 2 Nonnen bewohnt. In der deutschen Botschaft war zwar auch nur wenig diplomatisches Personal vorhanden, dagegen desto mehr Personen — allein 45 von spanischer Nationalität — die sich unter den Schutz der Hakenkreuzfahne*) geflüchtet hatten. Unter diesen waren verschiedene Spanier, die aus irgendwelchen Gründen sich bedroht gefühlt hatten, die zuerst bei der französischen Botschaft Unterkunft gesucht, als diese sie ihnen verweigerte, fanden sie durch gute Beziehungen Einlaß bei der deutschen. Als der spanischen Polizei nun zur Uebergabe die Tore geöffnet wurden, glaubten diese spanischen Flüchtlinge sich wohl zu salvieren, indem sie sofort das Vorhandensein von Waffen, Munition, Gasbomben und einem Flugabwehrgeschütz verrieteten. Bei der weiteren Hausdurchsuchung ergab sich, daß das zurückgebliebene deutsche Botschaftspersonal die ganzen Gebäude und den Garten befestigt hat. Alle Fenster, Türen, Dachkammern etc. waren verbarrikadiert, im Garten hatte man Schanzen aufgeworfen. Alle Insassen, inklusive der Spanier, hatten Waffen erhalten, jeder bekam seinen bestimmten militärischen

Posten zugewiesen, auch wurden regelrechte Wachen eingerichtet. Daß man diese militärischen Vorbereitungen nicht nur zur Abwehr befürchteter Angriffe getroffen hatte — (die Regierungssseite hat sich allerdings bis heute gegenüber allen ausländischen diplomatischen Vertretungen einer Vorsicht befleißigt, die man bei der »Ordnungsseite« durchaus nicht immer antrifft!), daß man vielmehr darüber hinaus weitere Pläne verfolgte, geht klar aus den Verhören der Flüchtlinge deutscher und spanischer Nationalität bei der Polizei hervor. Vor allem läßt die geradezu skandalöse Behandlung einiger derselben den direkten Schluß auf das schlechte Gewissen und die Angst vor Verrat verbotener Dinge bei den Botschaftsangehörigen zu. Diese Leute waren solche, die durch ihr Benehmen den kleinsten Verdacht erregt hatten, daß sie nicht voll den Enthusiasmus der andern über den Vormarsch der Rebellen und die Anerkennung der Burgos-Leute durch Deutschland und Italien teilten.

Es war das erstens ein Deutscher, ehemaliger Gemüselieferant der Botschaft. Als er sich eines Tages wie die meisten andern Deutschen bei der Botschaft zum Rücktransport nach Deutschland einschreiben wollte, wurde er inständig gebeten, doch in Madrid zu bleiben und der Botschaft als Portier oder als Koch Dienste zu leisten. Als er nach einem Hin- und Herschwanken zusagte, war er sehr erstaunt über die große Zahl von Menschen, die ständig in der Botschaft logierten. Als er dies Erstaunen einmal äußerte, stieß er gleich auf große Feindseligkeit, die täglich anwuchs. Eines Tages, am 11. Oktober — also gerade in den Tagen, in denen der großmütige General Franco seinen siegreichen Einzug in die Hauptstadt angekündigt hatte — bemerkte er bei Einkäufen, daß das Aussehen der Stadt völlig dem Bilde wi-

dersprach, daß man sich in der Botschaft, wo man nur den Seldern der Rebellen Glauben schenkte, gemacht hatte. Nach seiner Rückkehr wagte er es, von seinen persönlichen Eindrücken und von einigen Gesprächen in der Straße zu erzählen. Kurz danach wurde er aus dem Küchendienst entfernt und in ein dunkles Zimmer gesperrt, wo er ständig von zwei bewaffneten Spaniern bewacht wurde. Da er durch die Feuchtigkeit des Raumes erkrankte, brachte man ihn in ein anderes Zimmer, aber er blieb unter strengster Bewachung eingeschlossen, von jedem Verkehr mit den anderen Insassen der Botschaft getrennt, ohne auch nur einmal an die Luft gehen zu können. Die Folge davon war, daß der 50jährige Mann frühzeitig ergraute und bei der Uebergabe der Botschaft den Eindruck eines 60jährigen machte. 4^{te} Tage war er so gefangen und wäre es weiter geblieben, wenn nicht die diplomatischen Zwistigkeiten zwischen der spanischen Regierung und den Hakenkreuzlern ihn befreit hätten.

Daß die Nazis auch nicht vor Gewalttaten gegenüber unschuldigen Angehörigen ihres Gastvolkes zurückschreckten, wenn es sich darum handelt ihre verbrecherischen Vorbereitungen zu verbergen, geht aus der Behandlung von zwei spanischen Dienstmädchen hervor. In dem Küchendienst der Deutschen Botschaft arbeiteten seit 7 Jahren 2 Spanierinnen, denen man nach der Abreise des Geschäftsträgers jede Betätigung in der Küche verbot und die man in einem im Garten gelegenen, von den anderen Gebäuden getrennten Pavillon einquartierte. Ihren wiederholten Bitten, sie doch aus dem Dienst zu entlassen, wurde nicht stattgegeben, aus sehr durchsichtigen Gründen. Jeder mündliche Verkehr mit andern Personen wurde ihnen untersagt, man beschränkte sie auf den Aufenthalt an

*) Dies ist nur bildlich gemeint, denn in M. war seit dem 18. VII. kein Hakenkreuz zu sehen, während alle anderen ausländischen Gesandtschaften und private Firmen und Häuser weithin sichtbar ihre Nationalfarben trugen.

jenem Pavillon, wo auch sie noch heute gefangen gehalten würden, wenn die Regiments-Milizen sie nicht befreit hätten.

Das Rote Kreuz als Zielscheibe

Bombardement des Universitäts-Krankenhauses in Madrid.

Der Dekan der Medizinischen Fakultät von Madrid berichtet als Augenzeuge:

»Kurz vor Morgengrauen begann das Bombardement. Niemand erwartete den Angriff, niemand konnte ihn voraussagen. Die verbrecherische Tat ging sehr schnell vor sich, aber doch nicht so schnell, daß man nicht einsehen mußte, daß er eingehend geplant und vorbereitet war. Acht Feuerbomben fielen auf das Gebäude. Eine entzündete sich in dem Saal, in dem 150 Schwerverwundete lagen. Die Flammen einer anderen zündeten den obersten Stock an. Da die Gebäude bekanntlich sehr alt sind (Teile der jahrhundertalten Zentral-Universität), brannte alles Holzwerk lichterloh und griff auch auf die Betten der Verwundeten über. Das Bild des Schreckens, das das ganze Hospital bot, läßt sich kaum beschreiben. Die Verwundeten versuchten krampfhaft, sich von ihrem Lager zu erheben, wo sie nach schweren Operationen ausruhten. Einige rissen sich in der Verzweiflung die Verbände herunter. Zwischen dem Gepirrsel der Explosionen und dem Geulster der Flammen, die der Wind immer neu entfachte, da alle Fensterscheiben klirrend zersprungen waren, hörte man das Gewimmer der Verwundeten und die Schreie der Kranken aus den anderen Sälen. Alle Gebäude des Krankenhauses und der Medizinischen Fakultät waren in Dunkelheit versunken, infolge des Bombardements. Die Ärzte und Krankenpfleger stürzten sich heidenhaft in das Feuer, um die Verwundeten zu retten. Niemand habe ich Augenblicke solchen Entsetzens und Grauens erlebt. Die Treppenhäuser boten einen infernalischen, eines Lante würdigen Anblick.

Während ein Teil der Pfleger, die am meisten bedrohten Säle räumte, versuchten die übrigen das Feuer zu löschen, indem sie Sand aus den Sandsäcken austreteten, die zur Verteidigung der Straße im Barrikadenkampf vorbereitet waren. Bis die danach eintreffende Feuerwehr des Brandes Herr werden konnte, verlebten wir Stunden entsetzlicher Angst. Alle befürchteten, daß das Bombardement sich wiederholen würde. Und diese Furcht wich nicht aus den Gemütern, weder der Ärzte, noch der Verwundeten. Am meisten von Furcht ergriffen waren die zivilen Kranken, die gewaltsam entfliehen wollten und erbarmungswürdige Schreie ausstießen. Wir Ärzte weinten Tränen der Entrüstung. Niemals werden wir verstehen können, wie es so verdorbene Menschen geben kann, die mit den unmenschlichsten Mitteln auf wehrlose Kranke und Verwundete losgehen, Verwundete, die zwischen Tod und Leben schwebten, die wir mit aller Kraft zu retten bestrebt waren und oft doch nur ihre Leiden mildern konnten.

Wo ist Europa?

Wie ein Felsenstück hängt das maurische Nest in den verbrannten Ausläufern des Atlasgebirges. Werber in hellen Uniformen flimmeln durch das Land. Sie bieten hohen Sold und eine Uniform dem, der bereit ist, gegen die Räuber und Mordbrenner in Spanien zu kämpfen. Siegen die, so werden sie nach Marokko kommen, werden den Sultan absetzen, den Koran zerfetzen, die Scheichs ermorden, die Moscheen verbrennen, den armen Mauren ihr letztes Vieh nehmen.

Ali ist dreißig Jahre alt. Der Stamm hungert, im letzten Winter sind viele Ziegen und Schafe eingegangen. Ali geht ins Nachbardorf zu einem frommen Derwisch. »Was soll ich tun, Bruder Derwisch? Mein Vater sagt, geh zu den Spaniern in Sold.« Der Scheich aber wiegt das Haupt und schweigt. Darf er nicht reden?

Der Derwisch schaut unter dem Turban hinweg in den blaugrauen Dunst der Ebene, ehe er antwortet: »Wenn es dein Vater will, so gehe, Ali. Töte die Giauurs! Zertritt den Ungläubigen, gebietet der Koran. Sie geben uns die Waffen dazu, also töte, so viel du kannst, Ali. Als Mohammeds Lehre noch jung war, geboten wir da drüben im Lande der Ungläubigen. Jetzt rufen sie uns gegen Mordbrenner, jetzt morden sie einander, weil sie verdammte sind — lernt die Waffen gut führen und wir werden die Ungläubigen einst ins Meer jagen oder werden sie in ihrem Blut eräufeln...«

Drei Monate hindurch lernt Ali, wie man den Hagel aus der Feuerspritze sendet, Handgranaten wirft, Minen schleudert. Drei Mo-

In zehn Arbeitslagern Ostpreußens wurden unlängst Versammlungen der Deutschen Arbeitsfront abgehalten. Bei der Kundgebung in Jessau hielt der Gaubmann Duschön den offenbar nicht ganz zufriedenen Lagerinsassen eine Bußpredigt. Er sagte u. a. laut Bericht:

»Auch heute noch gibt es viele in Deutschland, die uns nicht verstehen wollen. Besonders der deutsche Arbeiter ist in der vergangenen Zeit fast gar nicht oder falsch unterrichtet worden.

Die Forderung nach besseren Lebensbedingungen, nach höheren Löhnen sind seit jeher die Voraussetzungen gewesen, unter denen unsere Gegner manchen Arbeiter einfangen konnten. Mag in der Welt das Gold den Geldwert bestimmen, in Deutschland ist der Ertrag der Arbeit die Grundlage für unser Geld. Unsere Arbeit ist der Wertmesser; vermehrt sie sich, dann vermehren sich die Werte. Wir sind heute, nachdem wir 7 Millionen Erwerbslose in den Produktionsprozeß des deutschen Volkes wieder eingeführt haben, noch nicht soweit, daß wir höhere Löhne zahlen können.

Da mag ja den Arbeitern die Frage auf der Zunge gelegen haben, wie es, nun der Wertmesser Arbeit derart angewachsen ist, wohl mit dem Einkommen der Unternehmer und mit den Profiten im allgemeinen bestellt sei. Aber die eifrigen Zeitungsleser unter ihnen fanden alsbald Antwort in einem Bericht über die Reichsarbeitsstagung der Reichsbetriebsgemeinschaft Eisen und Metall in Berlin. Dort verkündete nämlich der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP Bernhard Köhler folgende Weisheiten:

»Weder die Verteilung des Besitzes, noch die des Einkommens, noch das Verhältnis des Unternehmers zu seinen Mitarbeitern seien unmittelbar Gegenstand der sozialistischen Gestaltung...«

Ob das Eigentum an Produktionsmitteln dem einzelnen oder dem Staate zusteht, sei unwesentlich. Wesentlich sei der neue Sinn des Eigentums, der für uns nicht in dem Verfügungsrecht gegeben ist, sondern in der Verantwortung. Der Betriebsführer müsse der erste Sozialist seines Betriebes sein.

Auf Einkommen und Besitz kommt es also »unmittelbar« gar nicht an. Und wenn man der braunen Presse glauben darf, die über die wachsende »Schönheit der Arbeit« helle Freudenzeichen vergießt, dann sind die weitaus meisten deutschen Unternehmer bereits unverbesserliche Sozialisten. Die Arbeiter allerdings sind etwas anderer Meinung, und vor allem die »alten Kämpfer« in den Betrieben pfeifen schon recht laut und vernehmlich auf diese Sorte Sozialismus, die den Lohnausfall durch Grünflächen und neue Tapeten wett machen will. Die Zeitschrift »Deutsche Presse« wagt es, etwas von dieser Stimmung zu verdolmetschen:

nate, dann liegt er auf spanischer Erde und läßt die Feuerspritze rasseln. Allah ist groß und listig sind seine Wege. Wunderdinge läßt er seine Felde bauen und Wunderdinge erfinden, damit sie die Wunderdinge wieder zusammenschleusen. Ali sieht Städte, Kirchen und Kathedralen in Rauch aufgehen, herrlich krachen die Granaten, mit denen die Legionäre ihr eigenes Land zerschleusen. Die Feuergerbe, die über Kindern und Frauen zerbrist, alles niederreißen — ist das der Stern von Betlehem? Und die elenden Bauern, an denen Ali vorüberkommt, warum schauen sie so finster an Ali vorbei, da er doch gesandt ist, sie aus den Klauen der Anarchie zu retten? Allah ist groß und verschlungen sind seine Wege. Mag der Stern von Betlehem die Hütten der Ungläubigen zersengen, daß kein Stein auf dem andern bleibt.

Der alte ausgeörrte Legionär, der neben Ali am Maschinengewehr liegt, schaut über den Krauskopf hin, sieht das Lächeln, das kindlichgrausam um die vollen Lippen spielt. Vor Jahren noch wurde man von den Francoos gegen die braunen Burschen zum Strafrecht ausgesandt. Im Regimentsbefehl ließ es: »Vernichtet den aufrührerischen Feind. Schlagt ihn im Namen des Christentums, im Namen der Zivilisation, rettet die weiße Kultur!« Und jetzt liegt der Morro neben uns, hilft uns, das eigene Land niederzukartätschen, und wieder lautet die Parole: »Im Namen des Christentums, im Namen der Zivilisation! Rettet die weiße Kultur!«

Ehe Heinz nach Spanien kam, schlug er

Grünflächen-Sozialismus

»Die materiellen Aufwendungen der Betriebsführer erschienen in vielen Berichten als »Tatsozialismus«, die Anschaffung einer Grünfläche wurde Anlaß für Reportagen, in denen »Gemeinschaftsgefühl«, »Kameradschaft«, »Sozialismus«, Zusammengehörigkeitsempfinden, »Zeichen der Wiedergeburt«, »Neue Zeit« usw. nur so wimmelten. Den neu gepflanzten Rosenstrauch vor dem Fabrikgebäude erklärten einige Berufskameraden als ein »Sinnbild« erwachenden Fürsorgegeistes, den frisch tapezierten Gemeinschaftsraum als ein »Denkmal« bereits erwachten Treuegefühls, ein Denkmal, das sich der Betriebsführer in den Herzen seiner Gefolgschaftsangehörigen setzte!

Und die wiederhergestellte Klosettanlage war nicht etwa eine Selbstverständlichkeit, sondern erbrachte mindestens dreißig Zeilen lobender Anerkennung...

Bei aller Würdigung unseres guten Willens erscheint wohl aber doch ein solcher Blick eben durch die Klosettbrille gesehen zu sein...

Wir müssen daher in unseren Berichten, die sich mit solchen Vorgängen befassen, etwas zurückhaltender, etwas genauer und etwas strenger sein...

Kindliches Gemüt

Das Blatt im deutschen Rom, in Köln, der »Westdeutsche Beobachter«, gibt sich seit Wochen anerkennenswerte Mühe, die Illusionäre zu kurieren, die mit einer Versöhnung zwischen Nazismus und Katholizismus auf anderer Basis rechnen als mit der vollständigen Zähmung und Unterwerfung des deutschen Episkopats.

Der Kampf geht gegen die Verjudung des Christentums durch das Alte Testament, und damit gegen die Grundlagen des Christentums selbst, das nun einmal ohne Jacob, Moses, Jeremias, Jessias, David und Salomon nicht denkbar ist. Man begegnet den ehrwürdigsten Requisiten aus der alten Freidenkerpolemik, so z. B. den Fragen nach der Herkunft von Kains Frau. Da die Religionsmündigkeit bekanntlich mit 14 Jahren beginnt, werden die Kinder aufgefordert, gegen den Willen ihrer Eltern Kirchen und Religionsunterricht zu boykottieren. Einige Pfarrer predigten in Kölner Kirchen gegen den Zwang, der auf katholische Kinder ausgeübt wurde, die an einer »nationalsozialistischen Feierstunde« mit einer Rede Streichers teilnehmen mußten. Es handelte sich um eine Massenversammlung, wo Streicher in »populärer« Form seine Pornographien über die Rassenkunde vortrug. Der »Westdeutsche Beobachter«, immerhin das Blatt mit der zweitgrößten Auflage in Deutschland, belehrt nun den Kardinalerzbischof über die wahre Stimmung in der katholischen Kinderwelt, indem er den Brief eines kleinen Mädchens in Faksimile abdruckt. Das Dokument hitlerdeutscher Erziehungskultur, das von einer Neunjährigen stammt, hat folgenden Wortlaut:

sich in Süddeutschland beim Arbeitsdienst durch. Einer vom Dutzend, Halbbraun, ein paar Jahre bei der SA gewesen, bißchen für Hitler, bißchen für Sozialismus, bißchen für deutsche Kaserne. Und nun las er täglich in den Blättern und hörte im Rundfunk, daß die europäische Kultur in Gefahr sei. In Spanien brennen anarchistische Horden jede Kirche nieder, Nonnen werden geschändet, Klöster gebrandschatzt, das gepönbte Volk atmete auf, als der Retter Franco erschien!

Heimlich wurden Freiwillige geworben. Wer will mit nach Spanien? Dort ruft die neue Schützengrabengemeinschaft der europäischen Zivilisation. Heinz schloß sich einem Trupp an. Freie Fahrt, Sold, eventuell Beförderung. Außerdem ist die Ordnung in Gefahr! — Zwei Monate Ausbildung. Das meiste hatte man schon bei der SA gelernt. Das gab brauchbare Soldaten. Sprung auf, rennen, Handgranaten heraus...

Zwischen ihnen gehen die Marokkaner, stumm lächelnd manche, manche fanatisch verblissen, alle aber mit dem fremden Blick einer anderen, feindlichen Welt. Gefangene werden eingebracht. Spanische Arbeiter, Bauern, junge Studenten, europäische Menschen, Gesichter, in denen man lesen kann, an der Mauer noch mit der Haltung von Menschen, die für eine große Ueberzeugung sterben.

Wilde Trupps rücken zur Front vor: schwarz, tigerhaft, mit fremden Rufen. Legionäre aller Hautfarben, heimatloses Volk, auf seinen Sold pochend. Heinz starrt in ein wildes Gemenge. Abends verrichten die Morros ihr Gebet, die Gesichter nach Südosten gerichtet, gen Mekka... Heinz spricht mit

Schließlich erwecken wir sonst den Eindruck, daß mit der Anschaffung von Grünflächen, dem Pflanzen von Rosensträußern, dem Tapezieren von Gemeinschaftsräumen und der Wiederherstellung von Klosettanlagen alles an sozialistischer Verpflichtung getan ist.

Ganz recht: dieser Eindruck soll erweckt werden, denn da das Eigentum an Produktionsmitteln — wie Bernhard Köhler oben wieder versicherte — »unwesentlich« ist, und da eine Lohnsteigerung oder gar eine Gewinnbeteiligung der Arbeiter — wie nebst Herrn Duschön auch Hermann Göring bestätigt — auf absehbare Zeit nicht in Frage kommt, bleibt ja nichts anderes übrig als »Schönheit der Arbeit«, »Kraft durch Freude« und »Adolf-Hitler-Freiplatzspende«.

In Wahrheit ist der ganze »Volksgemeinschafts«-Rummel eben ein propagandistischer Bluff. Unter der glatten Oberfläche klaffen die alten Klassengegensätze — und die glatte Oberfläche wird stellenweise schon bedenklich dünn.

Lieber W. B.

Mir gefällt das alte Testament auch nicht. Daraus lernen wir in der Schule von Moses, Isack, Jacop, Joseph und seine Brüder alles Juden. Die Juden sind Teufel. Ich freute mich lieber W. B. nicht mehr zu lernen brauchte.

In meinem Lesebuch 4. Schuljahr steht auf Seite Nr. 110 ein Gedicht von St. Niklas.

Es wird aus den Zeitungen vernommen, daß der heilige St. Niklas werde kommen aus Moskau, wo er gehalten wert und als Heiliger wird geehrt u. a. w. Ich möchte mal gerne wissen, ob das ins Lesebuch gehört. Den aus Moskau kommen nur Jüdische Mörder her Die jetzt in Spanien die Menschen tot machen.

Heil Hitler

Maria..... Zülpicher Straße.
Hannes Wink.

Innere Emigranten

»Wie aus Mitteilungen der anhaltischen Regierung hervorgeht, bereitet ihr der Rückgang der Schülerzahl auf dem Lande Sorge. Es sei eine bedenkliche Verlagerung nach der Stadt vor sich gegangen, hauptsächlich nach Dessau. Die Regierung tue alles, um dem Einhalt zu gebieten. Sie sei bestrebt, die Verhältnisse für die Lehrer zu verbessern und erachte Rundfunk und Kraftwagen als wirksame Gegenmaßnahmen (Bildungs-Rollkommando?). Außerdem spiele natürlich der Bau von Landarbeiterwohnungen eine große Rolle, um der Landflucht zu steuern. (Erst die Antenne, dann das Dach über den Kopf.) (»Frankfurter Zeitung«)

seinen deutschen Kameraden. Das ist Europa? Wo ist Europa? Die Kameraden zucken mit den Achseln. Liegt drüben nicht die Kommune, der rote Feind? Na also.

Der Marsch führt durch zerschossene Städte, über die gepönbte Erde armer Landproletarier. Wo bleibt die freudige Begrüßung, wo bleiben die Ovationen? Finster sieht das Volk an den Fremdlingen vorüber. Allmählich sickert es durch ihre Reihen: es geht um die Posten der Generale, Offiziere fürchteten ihren Abbau, Alfons wartet auf seinen Thron, Carliten streiten darüber mit Faschisten — das Volk aber steht drüben. Und die weiße Kultur? Die von Franco für Franco zerschossenen Städte, die Söldner aus den marokkanischen Hafenstädten, die mohammedanischen Halbwilden, denen Franco's Offiziere weiße Frauen und Mädchen zur Schändung preisgaben — das ist die Schützengrabengemeinschaft der weißen Kultur? Im Rheinland sollten die Afrikaner einst die »schwarze Schmach« sein, die Schande Europas — und hier waren sie Hitlers Verbündete?!

Einige der fremden Freiwilligen desertierten, ein deutscher Flieger flüchtete ins Lager der Miliz, andre warten auf den Augenblick, da sie von der farbigen Gemeinschaft loskommen.

Diese Kunde drang bis ins Dritte Reich, dort wird sie weiter geflüstert.

Im Wellington-College galt Esmond als einer der ungebärdigsten Schüler. Heimlich gab er eine pazifistische Zeitschrift heraus. Der Kampf gegen den Krieg hatte große Tradition in der Familie, ein Verwandter hatte 1916 den Kriegsdienst verweigert.

Volksgemeinschaft von der Kehrseite

Mietpreise — nach oben unbegrenzt

In Deutschland steigen mit den übrigen Preisen auch die Mieten. Den Hausbesitzern in gleicher Weise zu begegnen wie etwa den »wuchernden Fleischern«, deren Laden einfach gesperrt wird, wagt man wohl nicht, denn die Haus- und Grundbesitzerorganisation ist immer noch mächtig genug und hat viele einflussreiche Mitglieder in den führenden Ämtern. Nur die Mieterverbände wurden gründlich zerschlagen. Die Vertreter des braunen Einheits-Mietervereins dürfen zwar gelegentlich meckern, damit nicht die letzten Mitglieder davonlaufen, haben aber in Wahrheit keinen Einfluß. Die Unzufriedenheit und Not der Mieter wird indessen immer deutlicher, die Hauswirte wehren sich gegen den Vorwurf des Mietwuchers, und die Wogen des unterirdischen Kampfes gehen bereits so hoch, daß ihre Spritzer bis in die deutsche Presse schlagen. Das will etwas heißen. Da schreibt z. B. der Gaubeauftragte für Haus- und Grundstücksfragen, Verbandsführer des Verbandes Ostpreußischer Haus- und Grundbesitzervereine, Paul Walter Timmler, in der »Preußischen Zeitung« Nr. 313:

»Die Ausführungen des Bundesführers Deutscher Mietervereine, Herrmann Dresden, während der Mieter tagungen in Allenstein und Königsberg im Oktober haben in Grundbesitzerkreisen Verwunderung und Unruhe hervorgeufen.

Die nationalsozialistische Weltanschauung beruht auf Wahrheit und Gerechtigkeit, jedem soll das Seine werden, soweit das heute möglich ist. Es ist deshalb falsch und ungerecht, einen Teil von Volksgenossen gegen den anderen auszuspielen...

Wenn des öfteren über unberechtigte Mietsteigerungen gesprochen wird, was auch der Verbandsführer Herrmann tat, so wird vergessen, daß, als in den Jahren 1931—1933 ein Ueberfluß von größeren Wohnungen vorhanden war (und nur bei diesen freigewordenen Wohnungen werden zum Zwecke der Angleichung Mietserhöhungen vorgenommen), es gerade ein Teil der Mieterschaft war, die die Notlage des Hausbesitzers, d. h. die Konjunktur ausnutzte und die Mieten herunterdrückte. Damals war aber kein Staat, der seine ordnende Hand auch über den Hausbesitz hielt.

Heute, bei der herrschenden Wohnungsnot an Klein- und Mittelwohnungen, ist eine Konjunkturausnutzung seitens des Hausbesitzers nicht möglich, weil der heutige Staat auch über die Preisbildung bei Wohnungsmieten sein wachsendes Auge hält, selbst wenn die Wohnungen der Zwangswirtschaft nicht mehr unterliegen.

Der »Westen«, Berlin (Nr. 315) weiß allerdings zu berichten, daß dieses »wachsende Auge« ein erschreckendes Hochschnellen der Mieten in keiner Weise verhindert und daß seine Grenze nach oben überhaupt nicht gesetzt ist:

»Der wirtschaftliche Aufschwung hat die allgemeine Kaufkraft und diese die Nachfrage nach Wohnungen gesteigert. Die Nachfrage hat dann das Anziehen der Mietpreise bewirkt, das seit einiger

Zeit zu bemerken ist. Durch die Veranschlagung einer Festmiete, die für die Berechnung der Hauszinssteuer in Ansatz gebracht wird, ist den Vermietern zwar eine Grenze nach unten gesetzt, die Grenze nach oben fehlt jedoch, sofern der Mangel an Angebot sie nicht setzt.

In Berlin wird man die Feststellung machen, daß viele Familien ein Drittel und mehr ihres Monatseinkommens zur Bezahlung ihrer Mieten verwenden. Eine einigermaßen gelegene Zweizimmerwohnung in Westberlin kostet etwa 75 bis 140 M., eine Dreieinhalbzimmerwohnung kostet etwa 90 bis 150 M., eine Vierzimmerwohnung ist von etwa 100 M. an zu haben. Für Familien mit einem Einkommen unter 220 M. sind solche Wohnungen, auch die einfachsten, kaum zu

erschwingen, für Arbeiter mit einem normalen Wochenlohn überhaupt nicht...

Mit einer Veränderung der Marktlage zugunsten sinkender Preise ist nicht zu rechnen, ebenso wird auch der Staat gerade in dieser Aufbauzeit nicht auf seine Steuerquelle verzichten können. Dagegen könnte der weitere wirtschaftliche Aufschwung die Kaufkraft der Bevölkerung steigern und so auch den Verhältnissatz zwischen Einkommen und Mietpreisen günstiger gestalten.

Da jede Lohnerhöhung von oben her ausdrücklich abgelehnt wird, ist nicht mit einer Steigerung der Kaufkraft — aber der Unzufriedenheit zu rechnen.

Aufstand im Gouvernement von Tschammer-Ostens

Tausende von deutschen Sportvereinen werden »gestrichen«. — Sie entzogen sich der nationalsozialistischen Gesinnungsrekrutierung

Das deutsche Sportwesen, vom verkrachten Rittergutsbesitzer »Reichssportführer« von Tschammer-Osten gleichgeschaltet mit schwerer Mühe, darf schon seit einiger Zeit für sich in Anspruch nehmen, auch politischer Beobachtung für wert erachtet zu werden. Es rumort nämlich sehr heftig unter jenen Sport- und Turnertrikots, auf denen das Hakenkreuz in der Herzgegend leuchtet; und wirklich nicht jeder bei einem Auslandsmatch steif-stier zum Hitlergruß gereckte deutsche Leichtathleten- oder Fußballer-Arm ist deshalb schon allein, wie es den Anschein haben könnte, Gold und bare Münze. Soeben müssen die streng und stramm zensurierten »Sportellen« der deutschen Zeitungen folgendes bekanntgeben:

Vergangene Woche habe am »week-end« im Hause des Deutschen Sportes in Berlin unter Vorsitz Tschammer-Ostens großer Gerichtstag über »unzuverlässige« Vereine innerhalb des braunen Zwangsverbandes (»... für Leibesübungen«) stattgefunden. Die »Gauleiter« der Organisation hätten ihr Anklagematerial zum Vortrag gebracht. Es habe die Aktion unter dem Motto: »Kampf gegen die Vereinsmalerie« gestanden und vorzüglich habe es sich nach des »Reichssportführers« eingehenden Darlegungen um »Sanktionen« gegen alle solche Querverbindungen innerhalb des »Reichsverbandes für Leibesübungen« gehandelt, die »nichts weiter kennen, als ihren Verein, ihre Vereinsfahne (!) und ihren Vereinskram«. So wörtlich nach Tschammer-Osten.

Das Ergebnis dieser Aktion, einer Art »Volkgerichtshof« für Sport, war auf jeden Fall, daß die Gauleiter angewiesen wurden, alle diese Unzuverlässigen zu »streichen!« Und hier werden nun ganz genaue Zahlen genannt: »Gestrichene« Vereine gibt es von jetzt ab in Ostpreußen 61, in Pommern 121, in Brandenburg 162, in Sachsen 132, im Gau Mitte 144 und so weiter. Da mehr als ein Dutzend »Gau« insgesamt genannt werden

und da die Strafzahlen sich in gleicher Höhe halten, ist daraus zu entnehmen,

daß mit einem Schläge rund 2000 deutschen Sportvereinen das Lebenslämplein ausgepustet wurde.

Das ist ein nicht unbeträchtlicher Teil der von Tschammer-Osten geleiteten Gesamtheit! Und das alles nur, weil der Nationalsozialismus unter dem hypnotischen Zwang leidet, ständig dem unterirdischen weiterwuchernden Anti-Faschismus der deutschen Bevölkerung die gefletschten Zähne weisen zu müssen.

Denn: die ganze Aktion wird ja nur verständlich, allerdings auch politisch lehrreich, wenn man sich erinnert, mit welcher Strenge kürzlich der »Reichssportführer« anordnen mußte, daß bei allen sportlichen Gelegenheiten die alte Begrüßungsformel der verschiedenen Sportarten zu vermeiden und ausschließlich das »Heil Hitler!« zu verwenden sei. Damals wurde ausdrücklich darauf verwiesen, daß viele Deutsche nur darum in Sportvereine unterzukommen versuchten und hier vom »All Heil!« oder »Gut Naß!« ostentativen Gebrauch machten, um dem Gesinnungszwang an anderen Stellen des Vaterlandes um so leichter entgegen und um möglichst unauffällig der Geßler im deutschen Begrüßungszeremoniell sich entziehen zu können. Kein Wunder, wenn die Gestapo nun von dem »Reichssportführer« verlangt hat, diesen Sumpf endlich trocken zu legen. Denn das »Streichen« der Vereine aus der Mitgliedschaft des Tschammer-Ostensen Zwangsverbandes bedeutet einen nicht minderen Boykott und Verruf, wie etwa der Hinauswurf aus der Leyschen Arbeitsfront. Sich in den »gestrichenen« Vereinen weiter betätigen zu wollen, würde eine Anklage wegen »Volksverrates« mit nachfolgendem Gefängnis- oder Zuchthausurteil sogar sicher

machen. Das Vermögen »gestrichener« Vereine aber wandert in die unergründlichen Taschen der regierenden Partei, so daß es sich auch immer finanziell für die braunen Bonzen lohnt, hin und wieder neue Serien von »Staatsfeinden« zu entdecken. Auf jeden Fall ist es ein politisches Wetterleuchten, das hier über deutschen Fußballplätzen und Schwimmbassins sichtbar ward.

Deutsche Kurzberichte

Der Fleischverbrauch in Deutschland ist im 3. Vierteljahr 1936 weiter zurückgegangen. Nach »Wirtschaft und Statistik« betrug der Fleischanfall aus den Schlachtungen im 2. Vierteljahr 1936 10,93 kg je Kopf der Bevölkerung, im 3. Vierteljahr dagegen nur 9,51 kg. Die Abnahme beträgt innerhalb drei Monaten 13 Prozent.

Nach der vom Statistischen Reichsamt errechneten Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten haben sich vom Oktober 1935 bis Oktober 1936 die folgenden Lebensmittel im Preise erhöht um Prozent: Butter 2,2 Prozent, Nudeln 1,8 Prozent, Graupen 4,2 Prozent, Reis 4,6 Prozent, Speisebohnen 5 Prozent, Hammelfleisch 18 Prozent, Kalbfleisch 21 Prozent.

Die Preise für Oberkleidung haben sich um 3,2 Prozent, die für Schuhe und Besohlen um 4,9 Prozent erhöht.

Von August zu September 1936 sind die Einlagen bei den deutschen Sparkassen um 4,8 Millionen Reichsmark gestiegen. Die Auszahlungen haben dagegen in der gleichen Zeit um 27,3 Millionen Reichsmark zugenommen.

Rekordziffern erreichen im nationalsozialistischen Deutschland die Verunglückungen mit tödlichem Ausgang. Im Jahre 1931 waren im ganzen Reich 22 835 Verunglückungen mit tödlichem Ausgang zu verzeichnen. Im Jahre 1934 betrug die Zahl 25 206. Für 1935 ist eine weitere wesentliche Zunahme festzustellen. So ist allein in den Gemeinden mit über 15 000 Einwohnern gegenüber 1934 eine Steigerung der Ziffer der tödlichen Verunglückungen um 9 Prozent zu verzeichnen. In den beiden ersten Vierteljahren sind auch die entsprechenden Ziffern des Vorjahres wieder überholt worden!

Während im 3. Vierteljahr 1936 die deutschen reichsgesetzlichen Krankenkassen für Zahnbehandlung nur 76,6 Prozent, für Arzneien und Heilmittel 90 Prozent, für Krankenhauspflege für Mitglieder 81,4 Prozent der Aufwendungen in der gleichen Vorjahrszeit ausgaben, erreichten die persönlichen Verwaltungskosten 96 Prozent.

Die unter der nationalsozialistischen Verwaltung bisher zu verzeichnende Entwicklung des Zurückgehens der Leistungen der Krankenkassen für ihre Mitglieder und des gleichzeitigen Steigens der persönlichen Verwaltungskosten setzt sich danach auch im Jahre 1936 weiter fort.

Die Schule verbot ihm die Zeitschrift. Schüler haben keine Politik zu treiben. Da brannte Esmond durch. Er war damals 16 Jahre alt. Die Familie rang die Hände, denn ein Onkel war der Welt als großer Staatsmann bekannt.

Der spanische Bürgerkrieg tobte einige Monate, da taucht Esmond in Madrid auf, lernte schießen, ging mit der Miliz an die Front. In Nächten, da der Blutdunst über die Erde kroch, dachte er an seine pazifistische Zeitschrift. Ein Knabentraum war im Pulverfaß zerflattert: die Menschheit zu erlösen, indem man waffenlos für den Frieden leidet... Jetzt hatte er die Flinte in der Hand. Eine böse Zeit, die von Knaben fordert, für den Frieden zu schießen.

Er schreibt nach Hause: Denkt nicht, ich sei Militarist geworden. Hier im Guadarramagebirge hat der Kampf um den Frieden begonnen. Hier wird für die Freiheit gekämpft. Ohne Freiheit kein Frieden. Ich gehöre zur internationalen Brigade, morgen werde ich bei der englischen Maschinen-gewehrabteilung sein, die im Norden von Madrid kämpft. Drüben liegen Marokkaner, Legionäre, Söldner aller Farben, deutsche und italienische Faschisten — hüben Sozialisten und Demokraten aller Länder, Franzosen, deutsche und italienische Emigranten und das spanische Volk. Ich höre, das Duffy mit einigen Blaubunden für Franco unterwegs ist. Ihr wißt, daß England verliert, wenn Franco siegt. Ist es schon so weit: Spanier gegen Spanier, Deutsche gegen Deutsche, Italiener gegen Italiener, Engländer gegen Engländer? Armes Europa. Hat es der Faschismus schon soweit verirrt, daß die Fron-

ten quer durch die Nationen laufen und Engländer vorgeben dürfen, Seite an Seite mit den wilden Kriegerern Allahs das Christentum zu retten? Diese Welt droht an der faschistischen Lüge zu ersticken. Wie lange will die Demokratie, die Mutter der europäischen Kultur, ihren Angstschlaf noch schlafen, ehe sie sich erhebt und dem wahnsinnigen Spuk gebietet?!

Das und noch manches anklagende Wort schrieb der Achtzehnjährige nach London, denn er ist ja noch jung und gläubig und vermag sich nicht vorzustellen, daß der demokratische Teil Europas auf die Dauer mit verschränkten Armen zusehen kann, wie seine besten Söhne von der faschistischen Blutmaschinerie zerstampft werden. — Er heißt übrigens mit vollem Namen Esmond Romilly und ist ein Neffe Winston Churchills.

K. R.

Der rebellierende Geist

Welche seelische und sittliche Weiterentwicklung werden die Völker nehmen, wenn ihre geistigen Bedürfnisse immer geringer werden, und wenn außerdem die Kulturschaffenden bald nirgends mehr eine Zuflucht auffinden können, wo die schöpferische Stille ist, aus der allein neue Werke, und die neuen Führerkräfte strömen? Uebertönen nicht Motorenlärm und lautes Prahlen schon jetzt jede Stille in Stadt oder Land?

(Die deutsche Kämpferin).

Der Geist wurde drüben seit dem 5. März in Acht und Bann gelegt, der dumpfe Stammisch-Instinkt und Bierbank-Glauben auf den Thron gehoben. Wie beklemmend diese Ent-

geistung des Lebens selbst auf völkliche Kreise wirkt, haben wir jüngst dargetan mit den Zitaten aus einem Buche völkischer Schriftsteller, die im Interesse der »nordischen Rassenpflege« mehr Geistesfreiheit und Gelöstigkeit forderten. Die Herausgeberin der obigen Hakenkreuzzeitschrift packt die Sache des Geistes vorsichtig von einer anderen Seite her an. In einer Rückschau auf die Olympiade werden unangenehme Fragen aufgeworfen:

»Aber eben diese ungerechte stetig sich vervollkommene Beherrschung des Technischen und des öffentlichen Betriebsablaufs, die während der Berliner Olympiade geradezu auffallend in die Erscheinung trat, hat so manchen unter den von innen her lebenden Deutschen nachdenklich gestimmt. Auf Kosten welcher Lebenswerte setzen wir all unser Können und all unsere Ehrgeiz immer ausschließlicher an die Veräußerlichung unseres Daseins? Wohin rasen wir mit dem Wettlauf der Motoren, die wir heute kaum noch irgendwo eine Stille finden, die nicht bei Tag und Nacht vom Dröhnen und Surren der Autos und Flugzeuge oder vom Schreien der Funk-Lautsprecher zerrissen wird? Messen wir nicht auch der Zahl und der geballten Masse eine übergroße Bedeutung bei?«

Das ist viel gesagt und gefragt auf einmal. Man weiß ja, wer durch die Lautsprecher schreit, man weiß, daß die »gebällte Masse« nirgends so sehr zur Staffage gehört wie im Dritten Reich. Und es ist auch für den italienischen Bundesgenossen allerhand, wenn die meckernde Zeitschrift im gleichen Atemzuge kritisiert, daß die Welt zugesehen

habe, »wie ein afrikanisches Volk von einer überlegen technisierten europäischen Armee überfallen und seiner Selbstbestimmung beraubt worden war...« Den nordischen Menschen schmerzt die »zunehmende Veräußerlichung des Lebens«, er sucht die »schöpferische Stille« und findet sie nicht mehr:.

»Die Gefahr der wachsenden Entgeistigung, der Leerung der menschlichen Innenräume, in der heute alle Kulturvölker leben, kann gar nicht deutlich genug hervorgehoben werden. Am aufschlußreichsten wird sie vielleicht sichtbar in der Art der Belastungen und Zerstreuungen, die man den breiten Volksteilen bietet, und im Wert der Rundfunkdarbietungen, die doch eigentlich sein sollten, den Geschmack und das kulturelle Verständnis derjenigen Volksteile zu heben, die früher am Gemüß künstlerischer oder wissenschaftlicher Schöpfungen wenig oder gar nicht beteiligt waren.«

Hat das deutsche Volk nicht erst vor zwei Wochen bei der dröhnenden Dreijahresfeier der Reichskulturkammer mit anhören müssen, welch ungeheure Kulturfortschritte in drei Jahren gemacht, wie die marxistischen Entartungen beseitigt wurden, Volk und Kunst einander gefunden haben und wie herrlich ein neuer Geist in die Halme geschossen sei (so herrlich, daß die letzten Reste der Kunstkritik verboten werden mußten)?! Und nun host man gleichzeitig in einer Hakenkreuzzeitschrift von der zunehmenden Verflachung, Entgeistigung, Veräußerlichung, Schreien der Lautsprecher, lautem Prahlen, Verringerung der geistigen Bedürfnisse!

Reichsaktion der Werkscharen

Blaue Jungens — Seelische Mobilmachung — Kameradschaft

Die Fülle der Ausführungsanordnungen zum Göringschen Vierjahresplan — die Verbote, Einschränkungen, Gebrauchsanweisungen für Essen und Leben lassen bereits erkennen, daß es zu einer Art von Totalität dieses Kriegswirtschaftsplanes kommen soll, die das ganze Volk in ihren Bann zwingt. Landwirtschaft, Industrie, Handel und Finanzwesen sind so gut wie restlos für die Mobilmachung reglementiert. Als einzige Lücke klafft indes nach wie vor die Lösung der Arbeiterfrage. Die Aufhebung der Freizügigkeit, die Militarisierung der Betriebe und die diktatorische Lohnfestlegung sind zwar verfügt worden, aber weder organisatorische noch technische Maßregeln vermögen die Bereitschaft von Millionen arbeitender Menschen sicherzustellen. Das Regime ist sich dieses schwachen Punktes seines Vierjahresplanes durchaus bewußt. Die Bewirtschaftung der menschlichen Arbeitskräfte bleibt nun einmal eine politische Willensfrage. Die »seelische Mobilmachung« der deutschen Arbeiter für den Krieg und die Kriegswirtschaft wäre eigentlich Sache der Deutschen Arbeitsfront, die indes das ewige Sorgenkind des Führers ist. Die Aufgabe ist daher einer Unterorganisation der DAF, nämlich der »NS Gemeinschaft Kraft durch Freude« übertragen worden. In einer neuesten Proklamation heißt es zunächst allgemein:

»Aufgabe der »NS Gemeinschaft Kraft durch Freude« ist es insgesamt, das Volk auf allen Gebieten, die zur Lebenskultur nach neuer Anschauung gehören, zu aktivieren, seine Kräfte zu wecken und sie zu fruchtbarer Einsatze für die Allgemeinheit zu bringen.« Die bevorstehende Erweiterung des Aufgabenkreises, wie sie in Ergänzung des Vierjahresplanes beabsichtigt ist, wird bereits angedeutet:

»Es wäre verfrüht, heute schon die Organisationen der »NSG Kraft durch Freude« als endgültig zu bezeichnen, sie ist noch im Wachsen begriffen und es steht außer Zweifel, daß sie in Zukunft noch manchen wichtigen Ausbau erfahren wird.«

Der Aufbau von »Kraft durch Freude«, deren Mitarbeiter amtlich mit 100.000 Funktionären beziffert werden, zeigt jetzt folgende Gliederung: 1. Reisen, Wandern, Urlaub; 2. Volkssport; 3. Schönheit der Arbeit; 4. Werkscharen; 5. Feierabend; 6. Volkbildungswerk. Es ist kein Zufall, daß die Werkscharen keine selbständige direkte Unterabteilung der DAF geblieben sind, sondern losgelöst von der sog. »Sozialarbeit« ausschließlich der »NSG Kraft durch Freude« zugeordnet werden. Die DAK v. 15. November kündigt überdies im Leitartikel »Die Reichsaktion der Werkscharen« an. Gleichzeitig wird im »Arbeitertum« vom 1. Dezember auf die besondere Mitwirkung der Werkscharen auf dem Nürnberger Parteitag 1936 verwiesen.

»Die nicht als dekorativer Rahmen zu werten ist, sondern sie ist das Zeugnis gewesen für die Disziplin und Zielbewußtheit, mit der die blauen Jungens ihren Weg in der Gestaltung der deutschen Betriebe gehen.« Der Führer hat immer recht.« Das ist der Kampf der deutschen Werkscharen.

Die DAK meint, daß die Wesensbestandteile der Werkscharen bisher völlig verkannt worden seien. Man hätte in ihnen zu unrecht nur einen »Feiergestaltungsverein« erblickt. Inzwischen hätten sie jedoch in »stiller und unermüdlicher Kleinarbeit« und im »Aufbau ihrer Formationen die neue Marschrichtung vorbereitet. An die Stelle des Lippennationalsozialismus solle hier die Tat gesetzt werden. Pflichterfüllung heiße künftig für die Werkscharen: »unaufhörlicher Einsatz, immer wachen Aktivismus«. Noch deutlicher wird im Rechenschaftsbericht erklärt:

»Ich kann Ihnen melden, mein Führer, daß die Sicherheit und der Friede in den Betrieben nicht nur für normale Zeiten garantiert sind.«

Das Ziel der Reichsaktion soll sich nicht darin erschöpfen, ein Werkstück, eine Kurbelwelle, einen Fräskopf, ein Auto oder einen Eisenbahnwagen zu fertigen, »das Zeugnis deutscher Werkmannsarbeit« ist das neue Programm: Kameradschaft der Arbeit.

Die Naziorganisationen haben mit dem Einsatz des Vierjahresplanes eine säuberliche Arbeitsteilung in den Betrieben organisiert. Ist es Aufgabe der NSBO, der Betriebswähler und der Vertrauensräte die Rolle der Gefolgschaftspolizei zu spielen, so wird es Sache der Werkscharen werden, künftig die Belegschaften »kameradschaftlich« durchzusetzen, soweit »aufsehende Elemente« sichtbar werden, zu setzen. Die militärische Schulung wird seit Monaten eifrig betrieben. Im Bericht eines Gauappells, Düsseldorf, heißt es:

»Die Zahl der Werkscharenmitglieder ist auf 5000 Mann, darunter acht Spielmannszüge, sieben Musikzüge und einen Fanfarenzug angewachsen. Dem Führerkorps dieser Stoßtrupps der Betriebe Ziele und Aufgaben der kommenden Monate aufzuzeigen, war der Zweck der Darlegungen.«

Ueber ein sog. Reichswerkscharenferienlager schreibt »Jungvolk vom Bau«:

»Als Friedrich der Große Schlessien erobert hatte, baute er die strategisch günstigen Stellungen zu Festungen aus, die noch heute unerreicht dastehen. Glatz, Neisse und Silberberg sind Zeugnis der überlegenen Taktik des Großen Königs, der um eine Provinz erbitterte Kriege führte und dem es gelang, preußischen Sinn und preuß. Stil glücklich mit einer Landschaft zu verbinden. . . . In Schlessien schönster Festung Silberberg, in der jedes Haus »fritzisch« ist, marschieren heute nicht mehr die Grenadiere, sondern die jungen Soldaten der Arbeit.«

Das Arbeitertum gibt gleichzeitig kleine Kostproben der psychologisch gearteten Aufgaben, die den Werkscharen im Betriebe übertragen sind, um die »Kameraden« gegen die Kritik des Vierjahresplanes zu immunisieren. Der »echte Mutterwitz«, die »Fröhlichkeit«, der »Sozialismus der Freude«, in den Feiertunden, sieht so aus:

»Bietet doch das große politische Geschehen unserer Tage eine unerschöpfliche Fülle gewisser Zeiterscheinungen, groteske Splitterchen neben dem großen Aufbruch. Wer kennt nicht noch den Butterhamstere, wer kennt nicht den Gerüchtemacher? Das sind die Dinge, die die Werkscharen in der fröhlichen Feiertunde, im Betriebe verwendet. Oder die KDF-Reise, die jedesmal den Bestand unfreiwilliger Komik erheblich bereichert. Mit diesen Dingen, zu denen die Betriebsgefolgschaft lebendige Beziehungen hat, läßt sich eine lustige Stunde wunderbar ausfüllen.«

Abgesehen von dem unfreiwilligen Witz über die KDF-Reisen, der offenbar keine Zensur passiert hat, sollen die Werkscharen-Komiker die Tagesnöte ihrer Kameraden ins Lächerliche ziehen. So fängt die Reichsaktion an.

Die groß angelegte Organisation der Werkscharen läßt indes erkennen, daß es

dem Regime durchaus ernst ist, gefährliche Kelle in die Arbeiterschaft zu treiben. Trotz einer strengen Auslese gibt es bereits am Beginn der Reichsaktion 2010 Werkscharen mit rund 100.000 Mann. Die praktische Ausbildung erfolgt in den Werkscharenübungs-lagern, die erheblich vermehrt werden sollen. Das so geschulte Führerkorps wird in engster Zusammenarbeit mit der SA aufgestellt. Die besonders organisierte »sportliche« Betätigung soll zu der »allgemein soldatischen Haltung« beitragen. In den Ferienlagern »werden die Gedanken des Werkscharentums in die bestmögliche Form der Arbeits- und Urlaubskameradschaft gebracht.« Die Ferienlager werden das Erlebnis sein.

»aus dem jeder junge Mensch mit neuem Auftrieb und aktivistischem Willen wieder an seine Arbeitsstätte zurückkehrt.«

Während die Werkscharen ursprünglich nur für die Betriebsarbeit der Jugend gedacht waren, werden sie jetzt allgemein als Prätorianergarde der Nazis für die Betriebe entwickelt. Sie setzen sich nur noch aus den Angehörigen der NSDAP, hauptsächlich der SA, sowie »den besten Arbeitern« zwischen 18 und 25 Jahren zusammen.

Ihre Aufgabe ist es, das Arbeitsleben seelisch zu erfüllen, insbesondere nehmen sie sich der Sitten und Gebräuche in den einzelnen Betrieben an, haben wesentlichen Anteil am Ausbau der Betriebsappelle und arbeiten so an der Erschließung des Arbeitslebens in vorderster Front mit.«

So schließt sich allmählich der Kreis des neuen Kriegswirtschaftsplanes enger um den deutschen Arbeiter. Die Unternehmer und ihre Treuhänder diktieren den Lohn, die Reichsanstalt für Arbeitseinsatz bestimmt den Arbeitsplatz, der Führer des Reichsnährstandes kontingentiert die Hungerration und die Werkscharenoldlinge besorgen die seelische Erschließung des Arbeitskammeraden.

Die deutschen Arbeiter waren bisher mit den bekannten Achtgroschenjungen fertig geworden, sie werden sich den »blauen« Jungens entsprechend erschließen. Also Achtung: Die Werkscharen kommen!

Mutterschutz unter Ariern

Lieber unehelich als jüdisch — Wann darf man die eigene Mutter prostituierten?

Die »Deutsche Juristen-Zeitung« verbreitet sich in ihrer letzten Nummer, ohne mit der Wimper zu zucken, über die folgende Schamlosigkeit, die in der Kette der moralischen Verwüstungen,

sicherlich eine Art Ehrenplatz verdient:

»Es mehren sich die Fälle, daß Klage auf Feststellung einer bestimmten Abstammung bzw. Nicht-Abstammung erhoben wird, vor allem, wenn es um den Nachweis geht, daß ein rechtlich als Vater geltender Jude oder Nicht-Arier nicht der Erzeuger des Klägers ist. Mit einem Fall dieser Art hatte sich kürzlich das OLG. Stuttgart und das LG. Stargard zu beschäftigen. Der Kläger war der Sohn einer unvehelichten Frau, die sechs Jahre nach seiner Geburt einen Juden geheiratet hatte. Bei der Eheschließung hatte dieser den Kläger als von ihm erzeugt zum Heiratsregister bekannt gegeben. Da der Ehemann inzwischen verstorben ist, richtete der Kläger gegen seine Mutter den auf Paragraph 640 ZPO gestützten Klage auf Feststellung, daß er nicht von dem späteren Ehemann seiner Mutter erzeugt sei. Hier haben beide Gerichte diese Klage, entgegen der bisherigen Rechtsprechung des RG., für zulässig erklärt. — Mit einem weit schwierigeren Fall ähnlicher Art hatte sich das OLG. Hamburg zu befassen. Hier handelte es sich nicht um die Wiederherstellung eines früheren, biologisch richtigen Familienstandes, sondern um die Feststellung, daß der als ehelich geborene Antragsteller in Wahrheit einer außerehelichen (hier überdies rassen-gleichen) Zeugung entstamme. Die Klagemöglichkeit konnte hier — sofern man noch Paragraph 1593 BGB in vollem Umfang als geltendes Recht betrachtet — in Frage gestellt sein; kann doch nach dieser Vorschrift die Unehelichkeit eines Kindes nur geltend gemacht werden, wenn der Mann die Ehelichkeit angefochten hat oder, ohne das Anfechtungsrecht verloren zu haben, gestorben ist. Letzteres traf in dem Hamburger Fall, der allerdings nur im Armenrechtsverfahren vom OLG. gewürdigt worden ist, zu. Wenn das OLG. im Gegensatz zur bisherigen Rechtsprechung die Zulässigkeit der Personalstandsklage nach Paragraph 640 ZPO jedenfalls für die negative Feststellung (daß der Antragsteller nicht aus der Ehe der Antragsgegnerin — seiner Mutter — hervorgegangen sei) auch gegen die Mutter des Antrag-

stellers befürwortete, so muß ihm hier unbedingt Recht gegeben werden.«

Die stilistische Fassung dieses wahrhaften Greuelberichts in der Fachzeitschrift der »deutschen Rechtswahrer« läßt gewiß zwischen den Zeilen erkennen, wie beschämend der Komplex auch in der gleichgeschalteten »Zunft« wirkt und wie der Verfasser durch besonders gute Zensuren, die er den in den Fällen verantwortlichen Gerichten erteilt, über Beklemmungen und Hemmungen sittlicher Art, die sich da bei diesem oder jenem braunen Talarträger doch noch angesichts dieser Moralkatastrophe regen könnten, hinwegkommen möchte. Aber macht das nicht eigentlich die Angelegenheit selbst, deren tatsächlicher Befund ja dadurch nicht weg-eskamotiert wird, noch schauerlicher und schandbarer? Fest steht also, daß man in Hitlerdeutschland jetzt auch die Gerichte zur Prostituiierung der eigenen Mutter benutzen kann, wenn das irgend einem Schuft Vorteile der Karriere oder des Büdchentreibes im Interesse des »Rassenschutzes« verschafft. Feststeht, daß man den Richter, der heute das »Hoheitsabzeichen« des Dritten Reiches an seinem Talar trägt, zwingen kann, im Familiärstaten zu wühlen, und wenn es sich auch um Dinge handelt, die Generationen zurückliegen. Fest steht, daß man die eigene Mutter heute vor deutschen Gerichten ähnlich durch den Mob Speißen laufen lassen darf, wie man noch vor gar nicht langer Zeit Mädchen und Frauen, eskortiert von SS-Banditen, »auf die Tour schicken« konnte, um den Hals das bekannte Schild, »Ich bin eine Judensau!« Bisher war es bei der einzelnen absehbaren Privatleistung eines verkommenen deutschen Literaten, des Bronnen, geblieben, der sich, um in die »Reichskulturkammer« des Herrn Göbbels endlich eingehen zu können, in einer öffentlichen Erklärung gegen die Ehrbarkeit seiner Mutter wenden durfte, sie beschuldigend, sie habe außer ihrem rechtmäßigen jüdischen Mann noch ein »Verhältnis« mit einem treudeutschen und arischen Volksgenossen gehabt; und er, der Bronnen, sei eben dessen und nicht das Produkt des »Fremdstämmings«. Jetzt steht hinter der bodenlosen Schmutzigkeit und Gemeinheit dieses Bronnen ganz offiziell — die deutsche Justiz! Sie kann sich freilich darauf berufen: wenn schon »Rassengesetze« und wenn schon der ganze Nürnberger Zauber — nun ja, sind wir dann nicht in jedem Betracht konsequent, wenn wir

uns dazu hergeben? Und das letztere ist, allerdings nicht zu verneinen! Völlig folgerichtig beendet die »Deutsche Juristenzeitung« denn auch ihren Greuelbericht folgendermaßen.

»Nach nationalsozialistischer Auffassung dürfte die Klarstellung der blutsmäßigen Beziehungen in den meisten Fällen wichtiger sein, als die Aufrechterhaltung einer auf gesetzlichen Fiktionen beruhenden und damit, lebensrechtlich gesehen, nur scheinbaren Familienordnung.«

Uns würde es wertvoll sein, endlich zu erfahren, welches »Lebensrecht« diese Schande eines Jahrtausend haben soll!

H. E.

Der Widerspenstigen Zähmung

»Bank- und Börsenfürsten« unterziehen sich der Wasserprobe.

Wohlgemut verkündet die »Frankfurter Zeitung«:

»Die Rheinisch-Westfälische Börse in Düsseldorf hat in Gemeinschaft mit der Deutschen Arbeitsfront (Gau Düsseldorf) eine Schau-Börse veranstaltet, um weiten Volkskreisen einen Einblick in das Tätigkeitsgebiet und den Verlauf einer Börse zu geben. Nach einigen Erläuterungen wurde eine »Börsenversammlung« veranstaltet, zu der dankenswerter Weise die Düsseldorfer und eine Anzahl auswärtiger Bankfirmen ihre Börsenvertreter entsandt hatten. Nach der Feststellung der Kurse für eine Reihe von Wertpapieren führte einer der Kursmakler an Hand von Beispielen die Errechnung der Kurse vor. Im Anschluß hieran wurde der Handel in Kuxen und der Ablauf einer Wertpapierversteigerung gezeigt.«

Je nun — sie habens auch notwendig gehabt! Wie soll man dem »Sozialismus der dummen Kerles«

beikommen? Die

»Bank- und Börsenfürsten« bekannter Frickscher Gesetzinitiative haben bewiesen — in einer Art Wasser- oder Eisenprobe — daß es bei ihnen eigentlich ganz ohne die »jüdische Weltverschwörung« zugeht. Immerhin, es hat vier Jahre gedauert, bis es zu diesem Gottesurteil von Düsseldorf kommen durfte; unterdessen ist mit dem Blödsinn, den man hier der Lächerlichkeit offenbar preisgeben wollte, eine große Nation ins Unglück gestoßen worden . . .

Vertiefung des G'aubens

»Dr. Meinhäuser in der Hochschule für Politik: . . . Die von manchen Seiten geforderte Trennung von Erziehung und Unterricht sei ein Nonsens, denn der nationalsozialistische Staat erstrebe den gemeinsamen harmonischen Zusammenklang von Schule, HJ und Elternhaus (Dreiklang der Geistesnacht) . . . Aus diesem Grunde wandte sich Dr. Meinhäuser gegen die Ueberbetreibung bei der Geschichtsumwertung (Reichstagsbrand?) . . . Die Staatsbürgerkunde insbesondere solle das Wissen zur Vertiefung des Glaubens an den Nationalsozialismus vermitteln . . .« (DAZ).

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphica«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—) Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs 2.45 (29.50) Bulgarien Lew 8.— (96.—) Danzig Gold 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs 1.50 (18.—) Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80) Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60) Litauen Lit. 0.55 (6.60) Luxemburg B. Frs 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pt. 0.20 (2.16), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—) Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40) Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Wien B-198.304 Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anzlo-Chechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Belgrad Konto »Neuer Vorwärts«. Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.